Nr. 48. 10. Jahrg.

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 4 Mk., für das übrige Ausland 5 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1893 unter Nr. 6708.

# Vorwärts
# Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprech-Anschluß Amt I. Nr. 4138.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Sonnabend, den 25. Februar 1893. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

## Die Rede Lafargue's.

In der Sitzung der französischen Kammer vom 14. Februar sprach, wie den Genossen bekannt, als Vertreter unserer Partei Paul Lafargue. Wir geben nachstehend seine Rede ihrem ganzen Umfange nach, nebst den Zwischenrufen, in möglichst wort- und sinntreuer Uebersetzung. Bemerkt sei zur Orientirung des Lesers, daß in Frankreich die Zwischenrufe mit dem Namen dessen, der sie gemacht, in den amtlichen Bericht aufgenommen werden. Da die Zwischenbemerkungen durch die Rede hervorgerufen, und auf dieselbe von Einfluß sind, und überdies wesentlich zur Belebung der Debatten beitragen, ist die französische Sitte entschieden der deutschen Pedanterie vorzuziehen, die offiziell jeden Zwischenruf ignorirt und dadurch — abgesehen von dem geschmälerten dramatischen Interesse, die Rede oft positiv unverständlich macht. Denn jeder Redner, der nicht blos etwas auswendig Gelerntes vorträgt, reagirt (berücksichtigt) auf Zwischenrufe und Zwischenbemerkungen. Die Rede lautet:

M. Paul Lafargue: Meine Herren, bevor ich mich zum Wort meldete, um bei dieser Interpellation einzugreifen, fürchtete ich einen Augenblick, vielleicht nicht bei der Sache zu sein. Da aber die beiden Herren Vorredner, und vor allem der Interpellant, welcher die Debatte eröffnete, selbst nur Programme vorgetragen haben und sich statt an das Ministerium oder wenigstens an die Kammer, an das Land, an die ganze Wählerschaft gewandt haben, so glaube ich, daß auch ich das Recht habe, die Tribüne zu betreten, um im Namen der Arbeiterpartei zu sprechen. (Lärm im Zentrum.*)

M. Millerand hat Ihnen soeben gesagt, daß er freimüthig reden würde. Auch ich werde freimüthig reden und ersuche Sie, zwar nicht um Ihre wohlwollende Aufmerksamkeit, aber doch wenigstens um verhältnißmäßige Ruhe.

Sie werden bemerken, meine Herren, daß in keine der ganzen Debatten, zu welchen die Panama-Affäre den Anlaß gegeben hat, ich oder irgend ein Sozialist meiner Partei eingegriffen hat. Wir blieben ruhig auf unseren Sitzen. Unberührt von Ihren Kämpfen, Ihrem Parteigezänke, Ihren persönlichen Eifersüchteleien, bewunderten wir nur das Feuer, mit welchem Sie in den Parteien und Personen Ihre eigene Klasse schlugen, Ihrer Kapitalistenklasse den Todesstoß versetzten. (Zurufe und Gelächter.)

M. Manjan. Sprechen Sie doch vom fünften Stand!

M. Paul Lafargue: Aber wenn wir auch unbeweglich blieben, so nahmen wir doch an allen Abstimmungen theil, bei denen es sich um die Genehmigung der Maßregeln gegen die Korrumpirten handelte. Wir wollten um keinen Preis mit denen verwechselt werden, welche die Korrumpirten zu vertheidigen suchten. Auch wir forderten die Untersuchung, weil wir Licht schaffen wollten, auch wir stimmten für sie, wie für jede Vollmacht, welche man verlangte. Wir hätten gern noch ausgedehntere Vollmachten bewilligt, als die waren, welche gefordert, aber von Ihnen abgelehnt wurden. Denn wir wollten volles Licht über den Panama-Skandal.

Wir wollten volles Licht, weil das Panama-Unternehmen .... (Lärm auf einzelnen Bänken).

Aus dem Zentrum. Zur Sache!

M. Paul Lafargue: weil es alle Laster und Verbrechen der Kapitalistenklasse so schön zur Darstellung gebracht, vor der Welt ausgebreitet hat. Wir hätten keine bessere Gelegenheit finden können, um dem Volke, der ganzen Arbeiterklasse zu zeigen, was es mit der kapitalistischen Finanz auf sich hat. (Lärm).

M. Armand Després. Der „Cri du peuple", ein Organ der Arbeiterpartei, hat wahrscheinlich auch etwas abbekommen. (Gelächter.)

M. Paul Lafargue: Monsieur Després, es ist das erste Mal, daß ich eine solche Beschuldigung höre. Die Arbeiterpartei, der ich angehöre, hat es sich stets zur Pflicht gemacht, die Panama- und alle Finanzgesellschaften anzugreifen.

Der Panama-Kanal war ein finanzielles Unternehmen, das mit allen Sicherheiten einer sittlichen, guten und vernünftigen Leitung auftrat, welche die Klasse der Kapitalisten zu bieten vermag. An der Spitze stand ein Mann mit einem glänzenden Namen, unter dessen Führung eines der großen Werke unseres Jahrhunderts entstand.

Die Regierung stützte diese Gesellschaft; Minister brachten zweimal Gesetzentwürfe ein, um für ihre Papiere die Trommel zu rühren.

Wir haben gesehen, wie sich nicht allein ein Ministerium, sondern auch 285 Mitglieder der Kammer fanden, um ihr das Privilegium zu auslosbaren Obligationen zu ertheilen!

Wir haben gesehen, wie die gesammte Presse das Lob des Unternehmens sang und die Gesellschaft als einen Hilfsquell für alle schmalen Börsen, als den richtigen Ort, wo ein Familienvater sein Vermögen anlegen müsse, pries.

Wir haben nachher gesehen, daß diese verzückten Artikel zu Panamas Ehren bezahlt, und theuer bezahlt waren.

Wir haben auch gesehen, wie der Klerus das Unternehmen stützte, und die „Semaines religieuses" sein Lob sangen. Pfarrer und Vikare machten sich zu Maklern des ozeanverbindenden Kanals, und statt ihre Pfarrkinder ins Paradies zu führen, sandten sie ihr armes Geld in die Hölle von Panama. (Lärm.)

Sie sehen, dem Unternehmen fehlte nichts zum Erfolg. Nie hat eine Prinzessin so viel gütige Feen um ihre Wiege gesehen, die sie mit Gaben überhäuften und ihr eine glänzende Zukunft voraussagten. Nicht eine einzige kleine Fee Carabosse war da, um den Mißton in das Konzert zu tragen. Und was haben wir gesehen? Welch' fürchterlicher Sturz! (Unterbrechungen auf mehreren Bänken.)

Sie protestiren? Aber der Sturz des Panama-Unternehmens hat sich nicht darauf beschränkt, eine politische, eine parlamentarische Fäulniß aufzudecken, deren gewaltige Ausdehnung selbst von uns niemand geahnt hatte. Er enthüllte uns auch die Fäulniß der Justiz! Denn man darf nicht vergessen, daß man seit vier Jahren im Land und selbst auf dieser Tribüne mehrfach Maßnahmen gegen das Unternehmen gefordert hat. Man hat sie nie durchsetzen können.

Ich habe gehört, wie ein Justizminister, M. Fallières, am 5. Januar die denkwürdigen Worte, die ich Ihnen jetzt wiederholen will, aussprach.

Man fragte ihn, ob er Maßregeln gegen die Verwaltung der Kompagnie angeordnet habe.

Er antwortete: „Ja, und man hat die Untersuchung einem der scharfsinnigsten, in dieser Materie am besten bewanderten Richter übertragen."

„Aber er beeilt sich nicht," sagte eine Stimme auf der Linken.

Und da sagte M. Fallières die Worte, die ich buchstäblich zitire:

„Wenn es sich um eine Geschichte von wenigen Pfennigen — gestatten Sie den Ausdruck — handelte, wäre sie schon längst beendet."

Und der Herr Graf von Douville-Maillefeu rief aus: „Und die Diebe längst eingesperrt."

„Aber da es sich in dieser Angelegenheit um 1400 Millionen handelt," fügte M. Fallières hinzu, „kann man nicht so schnell vorgehen."

Die Justiz, die ohnedies hinken soll, wurde für die Verfolgung der Verwaltung des Panama-Unternehmens noch besonders gelähmt, und hätte sich nicht ein Minister gefunden, der, ohne seine Kollegen um ihre Meinung zu fragen, all diese hohen Persönlichkeiten vor die Zuchtpolizei stellte, würden die Herren noch frei und ungehindert umherspazieren und mit ruhigem Gewissen die Millionen verdauen, welche sie so rechtmäßig und ehrlich gewonnen hatten.

Ja, meine Herren, sie haben den Beweis, daß diese viel gerühmte Gleichheit vor der Justiz in Frankreich nicht besteht, daß die Justiz ein Spinngewebe ist, welches die großen Spitzbuben ungehindert passiren läßt und nur die kleinen Leute faßt.

Sie haben Gendarmen, Polizisten, Beamte in Hülle und Fülle, um streikende Arbeiter unter dem trügerischen Vorgeben, daß sie die Freiheit der Arbeit störten, zu verhaften und zu Monaten von Gefängnißstrafe zu verurtheilen, aber sie finden weder Gendarmen, noch Polizisten, oder sonstige Beamte, um die Leute zu fassen, welche der Nation Millionen stehlen.

Was sage ich! Millionen? Und dabei hat die gerichtliche Untersuchung gezeigt, daß bei diesem Unternehmen die Vergeudung und Unterschlagungen einen solchen Umfang erreichten, daß sich bei 1400 Millionen Franks kaum eine Ausgabe von 680 oder 800 Millionen begründen läßt. Der Rest ist, wer weiß wo, geblieben.

Aus dem Zentrum: Aber das ist ja eine Interpellation über Panama!

M. Paul Lafargue: Ich weiß, daß jemand gesagt hat, „das ganze Geld sei ja gar nicht verloren, da es in Frankreich geblieben sei". Wirklich, es hat nur seinen Platz gewechselt; es ist nur aus den Taschen der kleinen Leute gewandert, um sich in die der großen Finanziers und Unternehmer zu stürzen, die es heute in Ruhe und ohne Furcht vor Verfolgung besitzen.

Ja, Sie haben der Nation mit Panama ein herrliches Schauspiel gegeben! Sie haben sich als wunderbare Revolutionäre gezeigt; Sie haben unsere Geschäfte besser besorgt, als wir selbst es in jahrelanger Propaganda hätten thun können. (Unterbrechungen und Lärm.)

Meine Herren, man sollte nicht, wie gewisse Leute, glauben, daß die Panamakorruption eine Ausnahme sei; das wäre ein vollkommener Irrthum. Der Panamismus, um ihn bei seinem Namen zu nennen, ist kein vorübergehendes Uebel; im Gegentheil, er ist der Zustand der Gesundheit der kapitalistischen Gesellschaft nicht nur Frankreichs, sondern aller Länder. Die absoluten und konstitutionellen Monarchien wie die republikanischen Bundesstaaten, sie alle haben ihr Panama. Panama ist das tägliche Brot der Kapitalistenklasse, und Tag für Tag frißt das Uebel weiter um sich. Mitglieder dieser Kammer glauben, daß die republikanische Regierungsform es erzeuge. Ganz falsch! Alle Regierungen Frankreichs haben ihr Panama gehabt, denn es ist ein einheimisches Uebel. Die kapitalistische Gesellschaft hat im letzten Jahrhundert mit der Mississippibank begonnen; heute folgt

*) Das „Zentrum" der französischen Kammer sind die „honneten" Republikaner der Mittelparteien.

## Feuilleton.

Nachdruck verboten.] [24

### Die Laufbahn eines Nihilisten.

Von S. Stepniak.

Autorisirte Uebersetzung.

Frei ins Deutsche übertragen von Bertha Braun.

„Es ist keine Schmach für die Partei, oder für einen Mann, der seiner Sache ergeben ist, wenn er sein Leben und seine Kräfte da anwendet, wo sie von größerem Nutzen sein können," entgegnete Lena.

„Betrachten Sie denn Boris und die beiden anderen als so werthlos für die Sache, daß sie nicht einen Befreiungsversuch verdienen?" fragte scharf Andrej.

„Sie sind von eben solchem Werthe als die besten unter uns," erwiderte Lena, „wenn wir aber alle, die der Befreiung werth sind, zu befreien suchen wollten, hätten wir nichts anderes zu thun, als nur um die Gefängnisse herumzulungern."

„Das Beste ist also daher", erwiderte Andrej ironisch, „sie dort alle verwesen zu lassen? Nicht wahr?"

„Die Lebenden haben etwas Besseres zu thun, als sich den Hals zu brechen bei dem Versuch, ihre Todten auszugraben", sagte Lena, ohne nachzugeben.

„Dann würden Sie wohl den Bergleuten, deren Gefährten durch das Einstürzen eines Schachtes vergraben sind, rathen, ihre Arbeit fortzusetzen, ohne einen Befreiungsversuch zu machen, weil er ihnen einige Gefahr bringt", legte Andrej ihr in den Mund.

„Lassen Sie um Himmelswillen Ihre Bergleute in Ruhe, denn sie beweisen nichts", rief Lena aus. „Ein Gleichniß ist kein Argument. Wir haben kein Vertrauen zu unserem Werke; das ist das Unglück. Wenn wir Vertrauen hätten, hätten wir auch Muth genug daran festzuhalten."

„Nein, danke!" sagte Andrej mit einem Anfluge von Hohn. „Ich beneide Niemand um solche untergeordnete Art von Muth."

Er war auf das, was er Lenas engherzige Theorien nannte, böse.

Das Mädchen war auch sehr verdrießlich. Seitdem sie morgens Sina's Brief gelesen hatte, kochte sie über vor Unwillen über Andrej's zu gewärtigende Desertion.

Sie stritten sich beinahe, schlossen aber schließlich Frieden.

„Es ist nutzlos für uns, die Zeit mit Zanken zu vergeuden," sagte Andrej. „Sie wissen ganz gut, daß ich, was Sie mir nachsagen mögen, oder nicht, doch nach Dubrawnik gehen werde. Da ich Sie vor meiner Abreise wahrscheinlich nicht mehr sehen werde, ist es besser, Ihnen sofort „Lebe wohl" zu sagen."

Sie küßten einander, wie es bei den russischen Männern und Frauen ihres Kreises Sitte war, obgleich das Mädchen gegen Andrej noch einen Groll wegen seines Mangels an Ernst empfand. Er suchte sie aber zu besänftigen, indem er sagte, daß es nur ein kurzer Urlaub sei. Er würde in ungefähr einem Monate mit seinen drei Gefährten, die er veranlassen wollte, sich ihren propagandistischen Kreisen zuzugesellen, zurückkehren.

Bevor Andrej die Stadt verließ, brachte er alle seine Geschäfte in Ordnung und übertrug die Propaganda unter den Arbeitern guten Stellvertretern. Er erledigte seine Arbeit so schnell, daß er schon nach zwei Tagen, in viel besserer Stimmung, als er seit langer Zeit gewesen war, nach Dubrawnik abreiste.

#### 2. Theil. — Im Feuer.

Kapitel I.

David taucht wieder auf.

In St. Petersburg kannte niemand die Adresse des Dubrawnik'schen Hauptquartiers. Andrej sollte sich an zwei Schwestern, Marie und Catherine Duborow wenden und sie nach Sina's Aufenthalt befragen. Nicht ohne Schwierigkeiten entdeckte Andrej die dunkle Gasse und fand das verwahrloste, ungetünchte, armselige rothe Ziegelhaus, in welchem sie wohnten.

Nach Ersteigung einer endlosen Steintreppe mit ausgetretenen Stufen blieb Andrej vor einer gelb angestrichenen Thür stehen.

Sie mußten hier wohnen, denn oben befand sich nur noch die Bodenkammer. Auf sein Läuten öffnete ein schlankes, sehr ärmlich gekleidetes Mädchen von kränklichem Aussehen, welches ebensogut dreißig als zwanzig Jahre alt sein konnte.

„Bitte, was wünschen Sie?" fragte sie kalt, die Augen kaum bis zur Brust des Besuchers erhebend.

„Wohnen hier die Damen Duborow?" fragte Andrej.

„Treten Sie ein," sagte das Mädchen kurz.

Andrej wurde in ein Zimmer geführt, dessen dürftiges Aussehen sogar einem Nihilisten, der nicht gewohnt ist, auf Komfort besonders zu achten, in die Augen fallen mußte. Die ganze Ausstattung hätte, auf einer Auktion verkauft, nicht mehr als einige Rubel eingebracht.

Das Zimmer war durch einen Vorhang von billigem

die Fortsetzung mit Panama, — am Golf von Mexiko macht die kapitalistische Bourgeoisie ihre riesenhaften Bankrotte.

An jenem Tage, als M. Cavaignac den Beifall erntete, welcher ihre Hände erröthen machte (Bewegung an verschiedenen Stellen), klatschte ich allein nicht, weil ich wohl wußte, daß Sie Ihrem Beifall keinerlei Weihe ertheilen würden. Und Sie haben auch eine Tagesordnung angenommen; aber haben Sie diese Tagesordnung auch befolgt? Hat man die Regierungsgrundsätze geändert, die man im Laufe jener famosen Sitzung so heftig verdammt hatte? Nein. Die Dinge haben ihren unveränderten Lauf genommen und werden ihn, seien Sie überzeugt, auch weiter nehmen.

Denn erinnerte ich mich auch unserer blutigen Bürgerkriege; ich dachte an den Juni von 1848. Soeben hat man von der Arbeiterklasse gesprochen, welche die Republik gegründet hat. Den Arbeitern, welche drei Monate lang im Dienste der Republik Mühseligkeiten und Anstrengungen aller Art erduldet hatten, antwortete man mit der Mitrailleuse, als sie zum Entgelt die Einlösung der gemachten Versprechungen forderten, und tausende von Leichnamen bedeckten das Pariser Pflaster. An jenem Tage hat man die Republik in Blut erstickt; und das Kaiserreich war die nothwendige Folge der Junitage. Die wuthtollen Bourgeois kamen bis in die umliegenden Städte, um die Kommunisten, die „Theiler", wie man sagte, zu tödten. Sie wußten nicht, daß aus dem vergossenen Blut Finanzgesellschaften erstehen würden, die ihnen ihre Habe zwar nicht theilweise, aber ganz wegnehmen würden.

Die Blüthe der modernen Finanz begann unter dem Kaiserreich; am ersten Tage nach dem Staatsstreich vom Dezember entstanden der Crédit foncier und der Crédit mobilier (die Grund- und Mobiliar-Kredit-Banken) — und aus ihnen entsprossen wieder jene unzähligen Finanz-Gesellschaften, die noch unaufhörlich weiter wuchern und das Land mit vernichteten Existenzen überschütten. Heute stehen wir einer wesentlich neuen, im ganzen Lande allmächtigen Klasse gegenüber. Diese Klasse ist die Klasse der Finanzleute, und ihre Macht ist so groß, daß Sie sehen konnten, wie ein ausländischer Abenteurer ohne Titel und Namen mehr Einfluß wie Sie auf die Minister und die Regierung der Republik hatte.

Aber was noch weit bedenklicher ist, ist, daß das Vermögen der Nation, der gesellschaftliche Reichthum, der seinen Ursprung der harten Arbeit der arbeitenden Klasse Frankreichs verdankt, sich heutzutage in den Händen jener unbekannten und unverantwortlichen Menschen befindet. Und welchen Gebrauch machen sie von ihrer ungeheueren Macht über den Nationalreichthum? Man hat viel von Kosmopoliten (Weltbürgern) gesprochen, die in Frankreich die gouvernementalen Kreise störten; aber man spricht nie von den französischen Geldmännern, die französische Münze zur Weltmünze machen. Mit französischem Geld haben Spanien, Portugal und andere europäische Länder ihre Eisenbahnen gebaut.

Mit französischem Geld hat sich Oesterreich-Ungarn seinen landwirthschaftlichen Kredit verschafft. Sie, meine Herren von der Rechten, Sie fordern seit mehr als fünfzig Jahren den landwirthschaftlichen Kredit; während Sie ihn forderten, bewilligte ihn die französische Allgemeine Unionsbank (Union générale) an Oesterreich-Ungarn. Und wann? Grade als ungarisches Getreide und ungarisches Mehl der französischen Landwirthschaft Konkurrenz machten.

Es giebt aber weit Schlimmeres. Die Finanzleute bedienen sich alle Tage der in Frankreich gesammelten Gelder, um das Gleichgewicht in den Budgets fremder Staaten herzustellen.

Es gab einen Zeitpunkt, wo sich diplomatische Schwierigkeiten zwischen Frankreich und einem Nachbarstaat wegen Tunis erhoben, und gerade in jenem Moment deckten unsere Geldleute mit französischem Golde das Defizit im Budget jenes Landes, und wäre der Krieg ausgebrochen, so hätten die französischen Soldaten sich sagen können, daß die Kugeln, welche ihnen die Brust durchbohren sollten, aus französischem Gold gegossen, mit französischem Gold gekauft worden seien. (Lärm.)

So handelt die Finanz — die Geldmacht — heutzutage!

Ich wiederhole, ihre Macht ist ungeheuer, und man braucht nicht zu denken, daß man diese Macht durch die beifällige Aufnahme einer Tagesordnung, wie die von Cavaignac eingebrachte, irgendwie verringern könnte; die Finanz wird stets die große Gebieterin der kapitalistischen Gesellschaft bleiben. O! Die Finanzleute können ruhig über Sie und alle Ihre Abstimmungen spotten, weil sie wissen, daß sie Sie beherrschen, und der beste Beweis hierfür ist, daß mitten im Panama-Skandal diese selbe Kammer der Bank von Frankreich das Recht zugestand, mit Hilfe der Assignatendruckerei 600 Millionen Noten neu in den Verkehr zu bringen; sie hat der Bank von Frankreich neue Mittel gegeben, um Handel und Industrie zu brandschatzen.

Sie sehen, welche Macht die Finanz besitzt, und keine Tagesordnungen oder selbst Abstimmungen werden dieselbe schwächen, denn sie spottet über Abstimmungen und Tagesordnungen. Die Finanz regiert und herrscht, und sie wird auch fürderhin regieren und herrschen, weil sie das unvermeidlich nothwendige Ergebniß des kapitalistischen Systems der Produktion ist . . .

M. Muller. Aber das ist ja eine sozialistische Vorlesung, die Sie da halten; das ist keine Interpellation mehr über die allgemeine Politik!

M. Paul Lafargue . . . und, wie das Manifest des Nationalraths der Arbeiterpartei ausspricht:

„Kapitalistisches System heißt Gesellschaft, die auf dem Wohlsein ohne Arbeit beruht, heißt Bestehlung der Arbeiter um ihre Arbeitsprodukte, heißt Profitmacherei als einziger Antrieb und einziger Zweck bei Allem und Jedem. Und wenn die christliche und jüdische Finanz sich die schon in Baar verwandelten, für die mageren Tage aufgesparten Kapitalien aneignet, befolgt sie nur das Beispiel und setzt sie nur das Werk des Unternehmerthums fort, welches sich die aus der Arbeit der Proletarier hervorgegangenen Reichthümer nach Maßgabe ihrer Entstehung aneignet." (Bewegung an verschiedenen Stellen.)

In der That, in der Werkstätte beginnt die Ausplünderung der arbeitenden Klasse; dort wird sie der Früchte ihrer Arbeit beraubt, und aus diesem Grunde ist in der gegenwärtigen Gesellschaft die arbeitende Klasse, die alle Werthe schafft, gerade die, die gar nichts besitzt, während die Klasse, die nichts arbeitet, den gesammten Reichthum der Gesellschaft besitzt und die Nation wirthschaftlich und politisch beherrscht.

Und ehe Sie deshalb nicht den unternehmerischen Diebstahl unterdrückt, ehe Sie nicht das Lohnsystem abgeschafft haben, können Sie der Finanz nicht erfolgreich zu Leibe gehen: sie wird stets Ihre Herrin bleiben. Darum erkläre ich M. Millerand ohne Zaudern, daß die von ihm vorgeschlagene Tagesordnung, wenn ich mich ihr auch anschließe, doch unzureichend ist, und daß es nicht genügt, die Haute Banque — großen Banken — anzugreifen, sondern daß man sich auch zum Kampf gegen die Ausbeutung der arbeitenden Klasse bereiten muß.

Und erst wenn Sie das Unternehmerthum beseitigt, wenn Sie den Arbeitern Frankreichs die Produktionsmittel, welche sie geschaffen, wieder ausgeliefert, wenn Sie ihnen das gesammte gemünzte Kapital zurückerstattet haben werden, erst dann wird es Ihnen gelingen, die Haute Banque zu bezwingen. (Bewegung an verschiedenen Stellen.)

---

# Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. Februar.

**Aus dem Reichstage.** In der heutigen Sitzung wurden noch weitere Mängel der Arbeiterversicherung, der Berufsgenossenschaften u. s. w. besprochen. In die Debatte griffen unsere Genossen Bebel, Harm und Hofmann-Chemnitz ein, welch' letzterer seine Jungfernrede hielt. Bebel wies kurz und scharf einige Angriffe der Abgg. Rösicke und Merbach auf die Sozialdemokratie zurück. Der Staatssekretär von Boetticher bemühte sich zwar, den Mißverhältnissen in der Arbeiterversicherung eine weniger ungünstige Seite abzugewinnen, aber die Regierung empfindet es offenbar, daß ernstlich an Abhilfe gedacht werden muß. Bei der Besprechung des Titels Reichstagsbau rügte der Antisemit Zimmermann, daß ausländische Materialien verwendet worden seien und machte die Regierung dafür verantwortlich. Er hatte nicht gewußt, daß die Regierung mit diesen Dingen nichts zu thun hat, da sie die Ausführung des Baues deutschen Industriellen übertragen hat. Der Redner wurde so vom Staatssekretär leicht mattgesetzt. Zum Bau des Nordostseekanals traten die Abgg. Mollenbuhr und Thomsen für die durch den Bau geschädigten Schiffer ein, die ihren Betrieb für eine längere Zeit einstellen müssen und verlangten, daß dieselben von Reichswegen entschädigt würden. Der Staatssekretär lehnte jedoch eine derartige Entschädigung ab; es stünden ihm dazu keine Mittel zur Verfügung. Hierauf wurden die letzten Titel des Etats für das Reichsamt des Innern angenommen, worauf der Präsident unter Heiterkeit des Hauses mittheilte, daß es 18 Sitzungen bedurft habe, diesen Etat durchzuberathen. Morgen Wahlprüfungen. Abstimmung über Möller's Wahl. —

**„Die Annahme der Militärvorlage ist der europäische Friede"** verkünden die Reptilien des Kriegsministeriums. Der Reichskanzler hatte gesagt: „Die Existenz Deutschlands hängt von der Annahme der Militärvorlage ab" — das war noch stärker. Und das eine ist so falsch wie das andere. Thatsache ist: die ganze „Unruhe", die jetzt in Europa zu bemerken, ist durch die Caprivi'sche Militärvorlage hervorgerufen worden. Und Thatsache ist, daß das deutsche Volk sich zu Grunde richtet, wenn die Militärvorlage angenommen wird. Also, fort mit der Militärvorlage! Die Ablehnung der Militärvorlage ist der europäische Friede. Und von der Ablehnung der Militärvorlage hängt zwar nicht die Existenz aber doch das Wohlbefinden Deutschlands ab. —

**Der 24. Februar** ist ein Gedenktag ersten Ranges. Heute vor 45 Jahren siegte in Paris die „Revolution der Verachtung" und fegte den Thron der durch und durch faulen, diebischen, bestechlichen Monarchie des „Bürgerkönigthums" hinweg, einen Sturm über ganz Europa entfesselnd.

Für die Franzosen hat dieser Gedenktag heuer eine besonders zeitgemäße Bedeutung, indem er daran erinnert, daß der Panama-Schmutz, in dem die Republik jetzt herumwaten muß, eine Erbschaft der Monarchie ist. Den Herren Royalisten und sonstigen Rückwärtslern ist deshalb die Erinnerung an den 24. Februar nicht angenehm. —

**Den Gesetzentwurf einer Seemannsordnung** hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion eingebracht. —

**Das preußische Abgeordnetenhaus** berath seit einigen Tagen den Etat des Kultusministeriums. Die Berathungen zeigen so recht das niedrige Niveau einer Vertretung nach dem „Dreiklassen-System", welches nur den „Gebildeten" Sitz und Stimme gewährt. Hier, wo die Bourgeoisie unter sich ist, treten die eigentlichen Kulturprinzipien ganz in den Hintergrund. Hie und da gab es etwas kulturkämpferische Plänkeleien zwischen Nationalliberalen und Zentrum, die Kreis-Schulinspektoren, der polnische Sprachunterricht erregten einen lauen Wortwechsel. Das Kapitel „Kunst und Wissenschaft" gab zu einigen Kundgebungen platonischen Interesses Anlaß und zu eben solchem Bedauern des Mangels an Mitteln. Bei dem Titel „Biologische Anstalt auf Helgoland" versuchte heute sogar der alte Herr v. Benda geistreich zu sein, indem er an sämmtliche Abgeordnete die Aufforderung richtete, im Sommer mit ihren Damen nach Helgoland zu gehen; wer zehn Sommer nach Helgoland gehe, verlängere sein Leben um eben so viele Jahre. Solche Späßchen können nur Anklang finden, wo die „Gebildeten" und „Besitzenden" unter sich sind, und wo man zu den Menschen erst dann gezählt wird, wenn man der gemeinen Sorge um des Lebens Nothdurft überhoben ist. —

**Für den Gebrauch von Surrogaten zur Bierbereitung**, insbesondere für Reis und Zucker anstatt des Malzes tritt gleich Herrn Alexander Meyer auch die „Frankfurter Zeitung" ein. Wenn sie als Argument für ihre Auffassung die Zunahme des Verbrauchs von Ersatzmitteln ins Feld führt, so ist diese Beweisführung, gelinde gesagt, äußerst ungeschickt. „1872," schreibt sie, „wurden an Surrogaten verbraucht 31 478 Doppelzentner, worunter an Reis, Zucker und Syrup 14 908 Doppelzentner. 1891/92 stieg der Verbrauch auf 87 538 Doppelzentner, worunter an Reis, Zucker und Syrup 76 660 D.-Z. Die Verwendung dieser Surrogate hat also ganz bedeutend zugenommen, während gleichzeitig die sonstigen Zusätze zum Bier sehr merklich abnahmen (von 16 570 D.-Z. in 1872 auf 10 878 D.-Z.), wobei noch hervorzuheben ist, daß auch bei diesen letzteren der gesundheitsgefährliche Charakter nicht feststeht. Wir schließen hieraus auf das Vorhandensein eines Bedürfnisses für Biere mit Reis- oder Zuckerzusatz." Wenn Surrogate an Stelle der ursprünglichen Produkte treten, wenn statt des Bohnenkaffee's Zichorien oder Korn„kaffee", statt des Rind- und Schweinefleisches Pferdefleisch, statt des Bieres Fusel, statt des Brotes Kartoffeln, die Margarine statt der Butter in dem Volkshaushalt eine größere Rolle spielen, so ist dieser Umschwung, und nicht zuletzt von der „Frankfurter Ztg." in ihrem Kampfe gegen die Schutzzöllnerei, als ein Zeichen der Misere, des wirthschaftlichen Verfalls aufgefaßt worden. Je niedriger das Einkommen der Masse, je ungünstiger ihre Lage, um so schlechter die Lebenshaltung, um so größer die Zunahme des Surrogaten-Konsums. Das „Bedürfniß für Biere mit Reis- oder Zuckerzusatz" macht sich in den Kreisen, die über reichliche Mittel verfügen, sicherlich nicht geltend, die Volksmasse, die kleinen Leute, sind angewiesen, statt des reinen, aus Hopfen, Malz und Wasser bereiteten Getränks den Surrogat-„Plengel" zu trinken, dessen Herstellung für die Brauer freilich profitabler, weil wohlfeiler ist. Was in Bayern geht, ist auch in der norddeutschen Brausteuer-Gemeinschaft durchführbar, das Bier als Volksgetränk soll ohne Surrogate zubereitet sein; je besser und billiger das Bier, ein um so werthvolleres Hilfsmittel ist es im Feldzuge wider den Kartoffelschnaps. Zum mindesten sollten die Surrogatbiere als solche, etwa als Kunstbier bezeichnet werden, ähnlich wie bei der Margarine, dem Kunstwein. Was zum Schluß die „kleinen" norddeutschen Brauereien betrifft, die angeblich durch das Surrogat-Verbot in ihrem Fortbestande geschädigt werden, so müssen die bayerischen Kleinbetriebe ohne diesen, auf Kosten der Konsumenten gewährten Schutz wirthschaften. Und die norddeutschen Kleinbrauer, wie die bayerischen, gehen im Wettbewerbe mit den Großbrauern, wie die amtliche Statistik deutlich zeigt, zu Grunde. Weshalb künstlich ihren Todeskampf verlängern, und zwar zum Schaden der Verbraucher? —

**Der neue Bund.** Der bekannte badische Agrarier, Reichstagsabgeordnete Freiherr v. Hornstein, theilt mit, daß er am Tage der Konstituirung des Bundes der Landwirthe „weder in Berlin, noch im Tivoli, weder in der Versammlung, noch im Komitee war". Hornstein war seitens der Tivoli-Versammlung in den Ausschuß „zur Leitung und für die weiteren Veranlassungen" „gewählt" worden. Geschwindigkeit ist keine Hexerei. —

**Sozialismus der Dummen** hat man in Oesterreich den Antisemitismus genannt. Der Ausdruck ist zutreffend. Das hat sich jetzt wieder bei der Liegnitzer Wahl gezeigt, wo nur die politisch ganz ungebildeten Wähler, die bisher noch den konservativen Bürgermeistern, Gendarmen und Landräthen an die Wahlurne gefolgt waren, für den Antisemiten stimmten. Andere waren nicht zu haben. Und die armen Konservativen stehen da, wie das Milchmädchen, dem der Topf zerbrochen ist. —

**Reichstags-Ersatzwahl im Wahlkreise Liegnitz-Goldberg-Haynau.** Amtliches Ergebniß: Es wurden am 20. Februar im Ganzen 23579 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf: Rentner Jungfer-Liegnitz (freisinnig) 10667, Rechtsanwalt Hertwig-Charlottenburg (deutsch-sozial) 6586, Kühn (Sozialdemokrat) 4956 und Frhr. v. Rothkirch (konservativ) 1368 Stimmen. Der Rest zersplitterte sich. Es hat demnach eine Stichwahl zwischen Jungfer und Hertwig stattzufinden. —

**Die preußische Bergverwaltung in Thätigkeit.** Obwohl die Reichsregierung nicht daran denkt, für die Doppelwährung einzutreten, ist doch das Zetergeschrei der Bimetallisten nicht ganz wirkungslos verhallt. Den „Berliner Politischen Nachrichten" zufolge ist die preußische Bergverwaltung beauftragt worden, das Vorkommen von Gold auf der ganzen Erde, seine Produktionsverhältnisse und Produktionsbedingungen zu studiren und zu ermitteln, um auf diese Weise bestimmte und sichere Unterlagen für die Beurtheilung der Frage zu gewinnen, „ob und inwieweit angenommen werden darf, daß der Vorrath und die Produktion von Gold den Bedarf für industrielle und Münzzwecke deckt oder ob und in welchem Umfange es für den letzteren Zweck der Heranziehung von Silber bedarf". Es versteht sich am Rande, daß die Münzverhältnisse nicht werden umgestaltet werden, und daß jene Erhebung nur eine Reverenz vor den einflußreichen Wortführern des Bimetallismus, den Groß-Grundbesitzern und Silberbergwerks-Eigenthümern ist. Daß die Silberbarone gerne den Preis des weißen Metalls in die Höhe treiben und die Krautjunker ihre Schulden lieber in Silber, statt in Gold abstoßen möchten, begreift sich. Hat man aber keine zeitgemäßeren Aufgaben für die preußische Bergwerksverwaltung, als die Aufnahme einer Goldstatistik, wäre nicht die Bergarbeiterfrage (Knappentruß, Ausschüsse, Knappschafts-Aelteste, Lohn, Arbeitszeit) das Dringlichste, Nützlichste, Willkommenste? —

**Ein Echo der Gegenwart.** Auf dem „Papstjubelfest" in Aachen hielt der Fabrikbesitzer August Vogeno eine Rede, worin er — wir zitiren nach dem ultramontanen Aachener „Echo der Gegenwart" — u. a. sagte:

„Das „Staatsgebäude", welches die Sozialdemokraten errichten wollten, könne mit Recht mit einem Doppelbau verglichen werden, der **halb Schweinestall, halb Zuchthaus sei.**"

Das „Echo der Gegenwart" nennt die Ausführungen dieses Papst-Jubelfest-Redners „gehaltreich". Sie sind es in der That. Nur ist dem beredten Fabrikbesitzer ein kleiner Irrthum unterlaufen, wie er in der Hitze einer Jubiläums-

---

Kattun abgetheilt. Die vordere Hälfte, in welcher Andrej empfangen wurde, diente als Wohnzimmer, die hintere als Schlafgemach.

„Bitte, was wünschen Sie?" wiederholte das Mädchen in demselben frostigen Tone.

„Ich möchte Fräulein Duborow sehen," sagte Andrej trocken.

„Mich oder Mascha?" fragte das Mädchen.

„Sie sind also Katherina Tuborow?" sagte Andrej. „Ich komme zu Ihnen beiden mit einer Botschaft von Lena Lubowa und mein Name ist Kajuchow."

Das kränkliche Gesicht des Mädchens hellte sich auf.

„Wie ich mich freue!" rief sie aus. „Nehmen Sie Platz. Ich werde sofort meine Schwester rufen."

Sie eilte hinaus und Andrej setzte sich an den kahlen Holztisch. Derselbe war mit Manuskripten von verschiedener Größe und verschiedener Handschrift bedeckt.

Andrej wußte von Lena, die mit den beiden Schwestern entfernt verwandt war, daß sie von ihrem Vater ein kleines Vermögen ererbt hatten. Sie gaben es aber bis zum letzten Pfennig für die Sache hin. Jetzt verdienten sie ihren Lebensunterhalt augenscheinlich durch Abschreiben und andere Arbeit, wie sie eben zu erlangen war.

Auf einem Schemel sah Andrej eine prächtige seidene Stickerei, zu luxuriös, als daß sie zum persönlichen Gebrauch der Bewohner des mehr als bescheidenen Zimmers hätte bestimmt sein können.

Nach einer Minute stürzte Mascha, welche durch die Schwester von der Ankunft des interessanten Besuches aus St. Petersburg benachrichtigt war, herein. Sie war die ältere von beiden, sah aber, dank ihrer lebhaften Züge, mit der kleinen Stülpnase und den glänzenden nußbraunen Augen jünger aus.

„Wir erwarteten Sie nicht so bald," sagte sie. „Sina meinte, daß Sie vor drei Tagen kaum kommen könnten. Sie wollen sie wohl gleich sehen?"

„Ja, wenn's Ihnen nicht zu viel Mühe verursacht."

„Nicht im geringsten. Ich werde sofort fertig sein und Ihnen den Weg zeigen. Er ist nicht weit."

Sie verschwand hinter dem Vorhange, um Toilette zu machen. (Fortsetzung folgt).

feier zu Ehren Leo XIII. wohl verzeihlich ist. Er hat nämlich die Gegenwart, als deren Echo er in Wirklichkeit gesprochen hat, mit der Zukunft verwechselt und die herrschenden Zustände, wie sie der von Reaktion und Pfäfferei geförderte Kapitalismus zeitigt, mit feuchtfröhlichem Blicke — Herr Vogeno hatte doch wohl vor seiner Rede stark gefrühstückt — in die zukünftige Gesellschaft verlegt. Er als Fabrikbesitzer kennt doch sicherlich Professor A. Thun's Werk über die Industrie am Niederrhein, worin gerade in Hinblick auf die Lage der Aachener Arbeiterbevölkerung gesagt wird, die scheußlichen Verhältnisse ließen für den Proletarier keinen Ausweg als H—haus, Schnapshaus, Zuchthaus. Wenn der Jubelfest-Rhetor übrigens ein geschichtliches Privatissimum gelesen haben will über die päpstliche Herrschaft, über Buhlerinnen, Nepoten und Kastraten, über lüderliche Päpste und meuchelmörderische Kardinäle, so sind wir gerne dazu bereit. Sollen wir ihm vielleicht etwas Näheres über den Verdienst erzählen, den die fahrenden Frauen heimgebracht, nachdem sie der „heimlichen Minne" mit den geistlichen Würdenträgern des Konzils zu Kostnitz gepflogen? Schweinestall — Sollen wir ihm von den Blutopfern der päpstlichen Inquisition, von den zahllosen Insassen päpstlicher Kerker erzählen? Zuchthaus —

**Der Bundesrath** hat in seiner Sitzung vom 23. v. M. dem Entwurf eines Gesetzes wegen Aenderung des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz vom 6. Juni 1870 zugestimmt. Rückwärts, rückwärts, Don Rodrigo! —

**Die Turner von Kitzingen,** schreibt Sigl im „Bayerischen Vaterland", veröffentlichen wegen des bekannten Briefes des Bezirkskommandos an ihren Vorstand eine „scharfe Erklärung", mit der sie „protestiren", bezw. sich dagegen verwahren, etwa gar als „jegliche Einrichtung in einem geordneten Staatswesen umzustoßen bestrebte" — Sozialdemokraten angesehen zu werden. — Der Herr Oberstlieutenant Stöber wird nun aber hoffentlich in sich gehen und sich über den Umgang mit so ordnungsliebenden Reichspatrioten nicht weiter alteriren, sondern ihnen den Reservelieutenant als Vorstand in Gnaden genehmigen, weil er von ihnen ja doch nicht verführt wird. —

**Das heilige Rußland.** Der Zarismus als Verschwörer, Meuchelmörder und Brigant ist in seiner unvergleichlichen Schönheit durch die Jacobson'schen Urkunden enthüllt. Wie offen aber die Handlanger Väterchens ihr Gewerbe treiben, erhellt aus einem in der russischen Zeitung „Novosti" veröffentlichten Aufrufe des Bulgaren Zankow, eines Söldners der russischen Regierung. In diesem Aufruf werden die bulgarischen Offiziere aufgefordert, den Prinzen Ferdinand von Bulgarien zu beseitigen. Das geschieht in einem unter der russischen Zensur erscheinenden Blatte. Damit nicht genug, weiß man in Sofia auch, daß der Versuch unternommen werden soll, den erwähnten Aufruf mit Hilfe der im Dienste Rußlands stehenden Gagarinschen Schifffahrts-Gesellschaft in hunderttausend Exemplaren in Bulgarien zu verbreiten. Wenn in Rußland mit „hoher obrigkeitlicher Genehmigung" der Fürstenmord gepredigt wird, so darf sich Väterchen nicht beklagen, wenn eines Tages der Spieß umgedreht, und der Herrscher aller Reußen so justifizirt wird, wie seine Agenten den Koburger justifiziren möchten. Geschähe es, so läge das Ereigniß in der Richtung des Systems: „Despotismus, gemildert durch Meuchelmord." —

**Das proportionale Wahlsystem,** welches 1890 der schweizerische Bundesrath als das zweckmäßigste politische Mittel zur Beruhigung des durch die September-Revolution (1890) der Liberalen aufgeregten Kanton Tessins empfahl, hat vollständig die daran geknüpften Erwartungen erfüllt. Zuerst hat es sich bewährt bei den Kantonsraths-Wahlen, die den Liberalen, entsprechend ihrer etwas größeren Stimmenzahl, auch eine kleine Mehrheit im Kantonsrathe brachte, und nun hat es sich am letzten Sonntag auch bewährt bei den Regierungsraths- (Minister-) Wahlen. Der Kanton Tessin hat fünf Minister, und davon wurden von den beiden Parteien, den Liberalen und den Konservativen, einander von vornherein je zwei zugestanden. Der Wahlkampf drehte sich also um den fünften Minister, der nun ebenfalls den Liberalen zufiel, sodaß sie nunmehr auch in der Regierung die Mehrheit haben. Bemerkenswerth ist, daß die gewählten drei liberalen Regierungsräthe, Ingenieur Simen, Dr. Colombi und Oberstl. Curzio Curti, die Hauptangeklagten in dem s. Z. in Zürich vor den eidgenössischen Geschworenen gegen die Tessiner Revolutionäre geführten Prozesse waren, der bekanntlich mit der Freisprechung aller Angeklagten geendigt hatte. Die beiden konservativen Regierungsräthe sind Advokat Bonzanigo und Dr. Casella.

Ebenso wie im Kanton Tessin hat sich das proportionale Wahlverfahren auch in den Kantonen Genf und Neuenburg bewährt und trotzdem machen gegen dasselbe die Liberalen in allen Kantonen, wo sie die Mehrheit besitzen, die heftigste Opposition. Die Furcht vor Schwächung der Parteiherrschaft durch ein gerechtes Wahlsystem ist der Grund der Opposition gegen den „Proporz", welche Opposition jedoch mit der Zeit zweifellos überwunden werden wird. Dem „Proporz" gehört die Zukunft. —

**Alter Kniff.** In der italienischen Kammer wird zur Abwechselung in Kulturkampf gemacht — Stänkereien zwischen Quirinal, dem Sitz der weltlichen Regierung, und dem Vatikan, dem Sitz des Papstes — und in den Straßen von Rom sind einige Bomben geplatzt, was die Verhaftung von „etlichen 20 Anarchisten" zum Nachspiel hatte. Die Komödie ist etwas zu durchsichtig. Den Herren Panamisten wird es nicht gelingen, die öffentliche Meinung abzulenken, und sie werden unfehlbar ihrem Schicksal verfallen. Die Beichte Tanlongo's giebt ihnen die Marschroute ins Zuchthaus. —

**Eine Amnestie** für politische und Preßvergehen wird erlassen werden — in Portugal! —

**Wegen des Baseler Fastnachts-Ulks** hat die französische Regierung wirklich weitere Schritte gethan und fordert Bestrafung des Schuldigen. Vor 5 Jahren Bismarck — heute Carnot — arme französische Republik, die auf den Bismarck gekommen ist!

Ueber die Sache selbst ist noch zu bemerken: Der eidgenössische Generalanwalt Scherb ist in Basel gewesen und hat einige Mitglieder des Fastnachts-Komitee's der „Vereinigten Kleinbasler" verhört, welche den Panama-Skandal zur Darstellung brachten. Der junge Mann, welcher in schwarzer Kleidung und mit Maske als Carnot verkleidet war und den ominösen 500 000 Franks-Check herumtrug, ist ein **17jähriger Seidenfärber** aus dem Aargau, der schon seit ein paar Jahren in Basel arbeitet. Alle Mitwirkenden der Truppe waren Arbeiter im Alter von 16 bis 20 Jahren, denen die Absicht, den französischen Präsidenten zu beleidigen, vollständig fern lag. Der Bundesrath hat beschlossen, durch die Gesandtschaft in Paris sein Bedauern über das Vorkommniß aussprechen zu lassen. Während Herr Carnot den Beleidigten spielt, wenn ein siebenzehnjähriger Seidenfärber in Basel einen lustigen Fastnachtspaß verübt, hat er die haarscharfen Angriffe französischer Blätter und Politiker ruhig ertragen, ohne auch nur mit der Wimper zu zucken. Wenn er jetzt die Maskenfreiheit in der Schweiz antastet, so vergesse man bei dieser Posse nicht, daß zwischen Frankreich und der Schweiz seit dem 1. Januar 1893 ein bis auf's Messer geführter Zollkrieg herrscht, und daß der Basler Zwischenfall von der französischen Regierung dazu benützt wird, die Eidgenossenschaft zu ärgern und ihr Ungelegenheiten zu bereiten. Was natürlich Oel in's Feuer gießt. —

**Panama-Skandal.** Ein interessanter Prozeß steht in Paris bevor, der hinter die Kulissen des Panama-Skandals und auf dessen Geschichte wohl einiges Licht werfen wird. Andrieux, der in der Angelegenheit eine nichts weniger als reinliche Rolle gespielt und die auf die eine oder andere Weise in seinen Besitz gelangten Beweisstücke zu einer gemeinen politischen Intrigue benutzt hat, ist von Lissagaray durch heftige Angriffe gezwungen worden, diesen zu verklagen. Da Lissagaray seinen Gegner nicht schonen wird, so sind interessante Enthüllungen zu erwarten — auch über die privaten Praktiken des sauberen Ex-Polizeipräfekten. —

---

# Parlamentarisches.

**Die XI. Kommission** erledigte in ihrer heutigen Sitzung die §§ 4 bis 10 des Gesetzes gegen den Verrath militärischer Geheimnisse. Die erledigten Paragraphen erhielten folgende Fassung: „Wer ohne die vorbezeichnete Absicht vorsätzlich und rechtswidrig den Besitz oder die Kenntniß von Gegenständen oder Nachrichten der im § 1 bezeichneten Art sich verschafft, wird mit Gefängniß von einem Monat bis zu 3 Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer bestraft.

Neben der Freiheitsstrafe kann mit Geldstrafe bis zu 5000 M. erkannt werden. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann auf einen Tag Gefängniß oder einen Tag Festung, oder ausschließlich auf Geldstrafe erkannt werden.

§ 5. Haben Mehrere ein Verbrechen der in den §§ 1 und 3 bezeichneten Art verabredet, ohne daß es zur Ausführung oder zu einem strafbaren Versuch desselben gekommen ist, so tritt Gefängniß nicht unter drei Monaten ein.

Neben der Freiheitsstrafe kann auf Geldstrafe bis zu 5000 M. erkannt werden.

Derjenige, welcher sich an einer im Sinne des Absatz 1 gedachten Verbindung betheiligt, kann für straffrei erklärt werden, wenn er vor Einleitung einer Untersuchung der Militär- oder Polizeibehörde so zeitig davon Anzeige macht, daß die Ausführung des Vergehens oder Verbrechens verhindert werden kann.

§ 6. In den Fällen der §§ 1 und 3 kann neben Gefängniß auf Verlust der bekleideten öffentlichen Aemter und der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte neben jeder Freiheitsstrafe auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt werden.

§ 7. Wer aus Fahrlässigkeit Gegenstände oder Nachrichten der im § 1 bezeichneten Art, die ihm kraft seines Amtes, Berufes, Gewerbes amtlich anvertraut oder in Erfüllung seines Berufes ihm amtlich mittelbar oder unmittelbar übertragenen Arbeiten oder Aufträge anvertraut oder zugängig sind, in einer die Sicherheit des Deutschen Reichs gefährdenden Weise in den Besitz oder zur Kenntniß eines Anderen gelangen läßt, wird mit Gefängniß oder Festungshaft bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bis zu dreitausend Mark bestraft werden. Neben der Freiheitsstrafe kann auf Geldstrafe bis zu dreitausend Mark erkannt werden.

Der unter dem Namen Ahlwardt-Paragraph bekannte § 8 wurde einstimmig abgelehnt.

§ 9. Wer den von der Militärbehörde erlassenen, allgemein erkennbar gemachten Anordnungen zuwider Befestigungsanlagen, Anstalten des Heeres oder der Marine, Kriegsschiffe, Kriegsfahrzeuge oder militärische Versuchs- oder Uebungsplätze betritt, wird mit Geldstrafe bis zu einhundertundfünfzig Mark oder mit Haft bestraft.

§ 10. Wer von dem Vorhaben eines der in den §§ 1 und 3 vorgesehenen Verbrechen zu einer Zeit, in welcher die Verhütung des Verbrechens möglich ist, glaubhafte Kenntniß erhält und es unterläßt, hiervon der Behörde zur rechten Zeit Anzeige zu machen, ist, wenn das Verbrechen oder ein strafbarer Versuch desselben begangen worden ist, mit Gefängniß zu bestrafen.

---

# Parteinachrichten.

**Gegen die Militärvorlage** protestirten ferner Volksversammlungen in Salach und Klein-Eislingen (Referent: Agster-Stuttgart), Wahren (Ref. Pinkau-Leipzig), Hämmern und Heinersdorf bei Sonneberg (Referent Reißhaus-Erfurt), Laudenbach i. B. (Referent Keil), Bach (Ref. Segitz-Nürnberg).

In Mehlis (Gotha) sprach Reichstags-Abgeordneter Bock über die Militärvorlage und die Zukunftsstaats-Debatte. Die zahlreichen Zuhörer, die aus der ganzen Umgegend herbeigeströmt waren, waren mit dem Referenten durchaus einverstanden und nahmen insbesondere Bock's humoristische Schilderung der Zukunftsstaats-Debatte mit allgemeiner, zustimmender Heiterkeit auf. Die gestern gemeldete Versammlung in Gotha und die in Mehlis zeigen — so schreibt man uns — daß die Debatten, welche der Reichstag über den „Zukunftsstaat" pflog, hier wie wohl überall das gerade Gegentheil von dem erreicht haben, was sich die Gegner von ihnen versprachen. Es ist alle Aussicht vorhanden, daß wir bei der nächsten Reichstagswahl unseren Kandidaten Bock im ersten Anlauf ohne Stichwahl durchbringen.

* * *

**Gemeindewahlen.** Bei der Gemeinderaths-Wahl im Dorfe Grünenplan in Braunschweig wurden zwei Sozialdemokraten gewählt.

* * *

**Ueber die Frage,** ob den Zusammenkünften von Vereinen, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen, minderjährige Nichtmitglieder beiwohnen dürfen, hat sich, wie der Chemnitzer „Beobachter" mittheilt, das sächsische Ministerium des Innern in einem Spezialfalle wie folgt entschieden: „Wenn auch der Zweck des genannten Vereins zweifellos auf öffentliche Angelegenheiten sich bezieht, wenn ferner auch die vom Verein beabsichtigte Veranstaltung von Unterrichtsstunden und Uebungen ebenfalls zu den Vereinsangelegenheiten gehört und wenn auch Minderjährigen die Betheiligung an solchen Vereinen gesetzlich untersagt ist, so fehlt es doch im Vereinsgesetze an einer Bestimmung, nach welcher die Zulassung Minderjähriger als Zuhörer ohne Mitgliedschaft an Vereinszusammenkünften verboten wäre. Und wenn im vorliegenden Falle jener Gemeindeverein nach der Bestimmung von § 3 Abs. 2 die Absicht hatte, bei seinen Unterrichtsstunden und Uebungen Minderjährige theilnehmen zu lassen mit der Beschränkung, daß sie bei den Mitgliederversammlungen weder Zutritt noch Stimmen haben sollen, so bietet das Vereinsgesetz, wie unerwünscht im einzelnen Falle die Zulassung unmündiger, wenn auch nicht mehr fortbildungsschulpflichtiger Zuhörer bei Vereinszusammenkünften sein mag, doch keinen Anhalt, dem Vorhaben des Vereines entgegenzutreten, selbstredend unbeschadet des der Ortspolizeibehörde zustehenden Rechts und der ihr obliegenden Pflicht zur Beaufsichtigung der Zusammenkünfte und Veranstaltungen aller der Vereine, deren Zweck sich auf öffentliche Angelegenheiten bezieht und unbeschadet des Rechts zum Einschreiten dann, wenn sich aus der Anwesenheit Minderjähriger besondere Unzuträglichkeiten, sei es in sittlicher Beziehung oder sonst ergeben sollten."

* * *

**Aus Eisleben** berichten bürgerliche Blätter: „Das bisherige Vereinslokal der hiesigen Sozialdemokraten, der sogenannte Preußische Hof, in welchem sich vor nun bald zwei Jahren die blutige Affäre zwischen Sozialdemokraten und Bergleuten abspielte, ist durch Kauf in die Hände der Mansfelder Kupferschieferbauenden Gewerkschaft übergegangen. Den Sozialdemokraten wird es nunmehr schwer werden, der hierorts herrschenden Verhältnisse halber, je einen Saal für öffentliche Agitation, Abhaltung eines öffentlichen Vortrages und dergleichen zu erhalten."

Das ist schon möglich, kann aber die sozialdemokratische Agitation nicht verhindern. Der Zeitzer „Volksbote" fordert denn auch schon die Genossen der an den Eislebener Bezirk grenzenden Kreise auf, Eisleben mit Schriften zu stürmen.

* * *

**Aus dem ersten nassauischen Wahlkreise** (Höchst-Usingen-Homburg) wird uns geschrieben: Bei der Reichstagswahl im Jahre 1890 wurden für unseren Kandidaten 7164 Stimmen abgegeben, das Doppelte der Stimmen, die wir 1887 bekamen. Wenn man bedenkt, daß unser Wahlkreis aus 152 Orten besteht, unter denen der größte Ort nur 8000 Einwohner zählt, so konnte man mit dem Resultat zufrieden sein. Von den vier Parteien erhielt die unsere im Jahre 1890 die höchste Stimmenzahl, und unser Genosse Brühne kam mit dem Freisinnigen in die Stichwahl. In den letzten Jahren ist die Agitation in unserem Kreise eine recht lebhafte gewesen, sozialistische Vereine bestehen jetzt in Höchst, Homburg, Heddernheim, Eppstein, Wehrheim, Cronberg und Oberursel. Sie zählen zusammen gegen 700 Mitglieder. Agitationstouren wurden im letzten Jahre mehrfach unternommen; es betheiligten sich daran die Genossen aus Homburg, Cronberg, Höchst und Königstein. Versammlungen gegen die Militärvorlage haben stattgefunden in Oberursel, Flörsheim, Breuschenheim, Eddersheim, Wied, Rödelheim und Homburg. In allen diesen Versammlungen sprach Genosse Brühne aus Frankfurt. Die Versammlung, welche am Sonntag, den 19. d. Mts. in Homburg stattfand, war von 400 Personen besucht; eine ganze Anzahl Genossen mußte wieder umkehren, weil sie keinen Platz mehr finden konnten. Von einer Vernichtung der Sozialdemokratie durch die Debatte über den Zukunftsstaat haben wir hier bis jetzt noch nichts gespürt; es geht vielmehr vorwärts, und die nächste Wahl wird zeigen, daß auch im Wahlkreise Höchst-Usingen die Sozialdemokratie gewachsen ist trotz aller Bekämpfung.

* * *

**Eine Parteikonferenz für den Wahlkreis Worms-Heppenheim-Wimpfen** tritt am 26. Februar, Mittags 1 Uhr, im Becker'schen Lokal in Worms, Alzeyerstraße, zusammen. Hauptpunkt der Verhandlungen wird die Organisation zur nächsten Reichstagswahl sein.

* * *

**Bei der Landtagswahl in Schleiz hat Genosse Rödiger** aus Gera 33, der Gegner Münch 854 Stimmen erhalten. Die Sozialdemokratie betheiligte sich, wie schon erwähnt worden ist, zum ersten Mal an der Wahl.

* * *

**Polizeiliches, Gerichtliches ꝛc.**

— Der Redakteur der „Norddeutschen Volkszeitung", Gustav Stengele, hatte in einem Artikel die Bezahlung der in Uetersen während der Cholera-Epidemie zur Aufrechterhaltung der Quarantäne angestellten Arbeiter besprochen und sollte dabei die dortige Polizeiverwaltung beleidigt haben. Der Amtsanwalt zu Altona beantragte eine Geldstrafe von 500 M., weil der Artikel der Form wie dem Inhalt nach beleidigender Natur sei und dem Urheber der Schutz des § 193 nicht zur Seite stehe, wie ja überhaupt die Presse keineswegs den Beruf habe, das öffentliche Interesse zu wahren. Der Angeklagte gehöre einer Partei an, welche die staatliche Autorität zu untergraben suche. Stengele erwiderte u. a., daß gerade die sozialdemokratische Presse im Gegensatz zu jener anderer Parteien während der Epidemiezeit alle zweckmäßigen Maßregeln der Behörden kräftig unterstützt habe. Eine Absicht der Beleidigung habe ihm bei dem inkriminirten Artikel durchaus fern gelegen und er habe nur das Interesse der Einwohner von Uetersen gewahrt. Nach kurzer Berathung erkannte das Gericht auf Freisprechung, da der Artikel weder der Form noch dem Inhalt nach eine Beleidigung enthalte und außerdem dem Angeklagten der Schutz des § 193 in vollstem Maße zur Seite stehe.

— Die Versammlung in Braunschweig, in welcher am 9. November Genosse Gerisch aus Berlin über die Militärvorlage sprach und die gegen den Schluß hin aufgelöst wurde, hatte noch ein gerichtliches Nachspiel. Der Steindrucker Schmelzkopf soll auf der Straße einen Auflauf verursacht und der Schleifer Fricke den Polizei-Inspektor Bussenius wörtlich beleidigt und nach der Verhaftung Widerstand geleistet haben. Ersterer wurde deshalb zu 14 Tagen, der letztere zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt.

— Aus Uetersen wird uns geschrieben: Die Gen. Peers, Röhling, Hartz, Pflug und Stockfleth von hier erhielten kürzlich Strafmandate von je 6 M., weil sie während der Zeit des Gottesdienstes Druckschriften öffentlich verbreitet haben sollten. Die Strafmandate stützten sich auf § 43 der Gewerbe-Ordnung und auf § 2 der dänischen Sabbath-Ordnung. Gegen sämmtliche Strafmandate wurde gerichtliche Entscheidung beantragt. Am 16. d. M. verhandelte das Schöffengericht darüber. Die Angeklagten behaupteten, die Druckschriften nicht öffentlich verbreitet, sondern sie von Haus zu Haus getragen zu haben; als gewerbsmäßig im Sinne des § 43 der Reichs-Gewerbe-Ordnung könne die Verbreitung auch nicht angesehen werden, da sie unentgeltlich geschehen sei. Auch die dänische Sabbathordnung könne nicht in Betracht kommen, da das hiesige Schöffengericht am 17. März 1892 entschieden habe, daß nur das gewerbsmäßige Hausiren während der Zeit des Gottesdienstes strafbar sei, und deshalb damals auf Freisprechung erkannt hätte. Der als Zeuge geladene Gendarm aus Haseldorf, der die Angeklagten bei der Verbreitung sistirt hatte, konnte nur bekunden, daß die Angeklagten die Druckschriften von Haus zu Haus getragen hätten, was während der Zeit des Gottesdienstes geschehen sei. Das Gericht verurtheilte die Angeklagten zu je 6 M. Geldstrafe event. einem Tage Haft und Tragung der Kosten. Begründet wurde das Urtheil damit, daß die Verbreitung der Druckschriften von Haus zu Haus als eine öffentliche Thätigkeit im Sinne des § 2 der dänischen Sabbathordnung anzusehen sei, welche geeignet wäre, den Frieden und die Ruhe des Sonntags zu stören. Die Rechtssicherheit im deutschen Staate ist hier wieder einmal trefflich illustrirt. Am 17. März 1892 werden die Angeklagten wegen der unter ganz denselben Umständen wie diesmal erfolgten Verbreitung von Druckschriften freigesprochen, am 16. Februar 1893 aber von demselben Gericht verurtheilt. Wie lange noch wird wohl die dänische Sabbathordnung zu Verurtheilungen herhalten müssen?

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

## Theater.

**Sonnabend, 25. Februar.**

**Opernhaus.** Die Rantzau.
**Schauspielhaus.** Vasantasena.
**Deutsches Theater.** Der Talisman.
**Berliner Theater.** König Lear.
**Residenz-Theater.** Gläubiger. Familie Pont-Biquet.
**Lessing-Theater.** Heimath.
**Wallner-Theater.** Der Fall Clemenceau.
**Groll's Theater.** Die Hochzeit des Figaro.
**Viktoria-Theater.** Die Reise um die Welt in achtzig Tagen.
**Neues Theater.** Tosca.
**Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.** Don Cäsar.
**Adolph Ernst-Theater.** Modernes Babylon.
**Thomas-Theater.** Eulenspiegel, oder: Schabernack über Schabernack.
**National-Theater.** Medea.
**Alexanderplatz-Theater.** Die Waise aus Lowood.
**Apollo-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.
**Theater der Reichshallen.** Spezialitäten-Vorstellung.
**Kaufmann's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.
**Gebrüder Richter's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.
**Winter-Garten.** Spezialitäten-Vorstellung.

## Adolph Ernst-Theater.

**Zum 63. Male:**
**Modernes Babylon.**
Gesangsposse in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Mannstädt. Couplets theilweise von G. Görss. Musik von G. Steffens. In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
Anfang 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

## American-Theater.

Novität! Novität!
**Der Dussel**
**(Nulpus)**
Parodistisch-realistischer Vorgang in der Dachkammer, frei nach Ibsen und Tolstoi von Oscar Wagner.
(Klemm-Ede . . Martin Bendix.)
**Alfred Bender**
in seinem neuesten Originalvortrag
**Der Volksmund in Berlin.**
**Blank,** der beste Bauchredner. Anhaltender Erfolg.
**Die Trockenwohner.**

## Passage-Panopticum.

**Neu!**
**Das unerklärliche Verschwinden eines frei in der Luft hängend. Mädchens.**

## Castan's Panoptikum.

Hagenbeck's gr. zoolog. Wunder:
**Lili.**
**kleinst. lebend. Elefant d. Welt,**
90 Zentimeter hoch, 110 Zentimeter lang, 78 Kilo schwer.
**Tai-za-Wunder-Illusionen-Theater.**
**Grosses Künstler-Konzert.**
Sämmtlich ohne Extra-Entree.

## Kaufmann's Variété

**Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.**
Grossartiger Erfolg des neuen Programms.
**Mr. Hendrik, Huguston, Massias, Clark, Valois, Vasoni, Hurley's, Laurence, Türk u. s. w.**
Das Theater ist gut geheizt.
**Anfang Wochentags 8 Uhr. Entree 50 Pf.**

Sonnabend und Sonntag 1497b*
**Bockbier-Anstich,**
wozu Freunde und Bekannte einladet
**A. Sievert,** Görlitzerstr. 50.

## Circus Renz.

(Karlstraße.)
**Sonnabend, den 25. Februar 1893,**
**Abends 7½ Uhr:**
**Parade-Galavorstellung.**
**Ein Künstlerfest.**

Große Ausstattungs-Pantomime vom Hofballetmeister **Siems.** Auf das Glänzendste in Szene gesetzt v. Direktor **Fr. Renz. Ueberraschende Licht- u. Wassereffecte.** Ballet v. 100 Damen. **Grosser Blumen-Corso.**
Zum Schluß: **Gr. Brillant-Feuerwerk.**
Außerdem: **Grande Quadrille de la haute équitation,** ger. v. 6 Damen u. 6 Herren. **Mr. James Fillis** m. dem Schulpferde **Germinal. Vier Fahnenpferde,** vorgeführt v. Direktor **Fr. Renz** 2c.
Morgen, Sonntag: 2 gr. Vorstellungen. Nachm. 4 Uhr (1 Kind unter 10 Jahren frei). Auf Wunsch: **Die lustigen Heidelberger.** Abends 7½ Uhr: **Ein Künstlerfest.**
Billet-Vorverkauf an der Zirkuskasse u. beim „Invalidendank", Markgrafenstraße 51a.
**Fr. Renz,** Direktor.

## Gratweil's Bierhallen

Kommandantenstraße 77—79.

Täglich:
**Germania-Konzert- u. Kouplet-Sänger**
sowie Auftreten des musikal. Clown **Mr. Barna** und Damen-Imitator **Willy Wilson.**
**Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.**
**Zwei Säle**
zu Versammlungen und Vergnügungen, sowie 6 Billards und 3 Kegelbahnen.
**F. Sodtke.**

Moritz-Platz. **Etablissement Buggenhagen.** Moritz-Platz.
Täglich: **Instrumental-Konzert. Großer Frühstücks- u. Mittagstisch.** Spezial-Ausschank von **Patzenhofer Lagerbier,** hell und dunkel. An **Sonn- und Festtagen** findet das Konzert in den **oberen Sälen** statt.
Entree Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf. Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten 2c.

Allen Freunden, Bekannten und Genossen empfehle mein neu eingerichtetes **Weiß- u. Bairischbier-Lokal.** Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt. Vereinszimmer für 60 Personen zu vergeben. **Otto Brückner, Schlegelstr. 14,** früher Lothringerstraße 67. 1492b*

Empfehle nach wie vor mein **vergrößertes Lokal,** franz. Billard 2c. dem verehrten Publikum. **Vorwärts, Volks-Zeitung,** sowie andere Zeitungen liegen aus. [3596L
**M. Berndt,**
**Oranien- u. Alexandrinenstr.-Ecke.**

**C. Boll, Wienerstr. 1** empfiehlt sein **Weiß- u. Bairisch-Bierlokal** Vereinszimmer u. **Winter-Kegelbahnen** sind noch frei.

**Säle z. Versamlg. u. Gesellschft.** unentgeltlich [806b] Oranienstr. 180.

Vereinszimmer (bis 50 Pers.) mehrere Tage frei, **Schöning,** Stallschreiberstraße 29. 1436b*

**Tüchtige Weißbier-Trinker** können sich melden bei [1489b*
**Vater Jahn,** Zossenerstr. 6.

## Feen-Palast.

Heute, Sonnabend, d. 25. Februar:
**Griechisch-Römischer Preis-Ringkampf**
zwischen dem Griechen
**Mr. Antonio Pierri**
und dem Athleten und Preisringer
**Mr. Franz Jackson**
aus **Philadelphia** zur Zeit in **Berlin.**
**Prämie 100 und 500 Mark.**
**Vorher: Grosse Spezialitäten-Vorstellung.**
**Anfang 7½ Uhr. Entree 50 Pf.**
Billet-Vorverkauf von 11—1 Uhr Vormittags. 3725L
Passepartouts haben keine Giltigkeit.

## Oranien-Bad

**Oranienstrasse 44.**
Abonnements I. Kl. 60 Pf., II. Kl. 3 Bäder 1 M.
**Dampfkasten-Bäder.**
Einpackung und Massage.
Leitungswasser. 3719L*

## Musik-Instrumente.

Größtes Lager in **Zithern, Violinen, Guitarren,** allen **Blasinstrumenten,** sowie **Harmonikas** jeder Art. **Musikwerke** zum Drehen und selbstspielend (mit Arbeiterliedern). Reparaturen schnell und gut. Großes Notenlager.
3637L* **Aug. Kessler,** 51. Lausitzerstr. 51.

Achtung. **Maurer.** Achtung.
**Todes-Anzeige.**
Das Mitglied der **Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser** (Weißbinder) 2c. „Grundstein zur Einigkeit",
**Bernh. Engelmann,**
wohnhaft im **6. Wahlkreis,** ist am Donnerstag, den 23. Febr., gestorben.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 26. Februar, Nachm. 2½ Uhr, von der Charitee nach dem Kirchhof derselben, Müller- u. Seestraßen-Ecke statt. Der Verstorbene gehörte auch dem Interessenverein der Maurer Berlins und Umgegend an und hat stets, wo es hieß, für die Wahrheit, Freiheit u. Gleichheit der Kollegen einzutreten, seine volle Schuldigkeit gethan. Deshalb erwarten wir, daß die Kollegen dem Verstorbenen die letzte Ehre, die er verdient hat, bei seiner Beerdigung erweisen werden.
Der Bevollmächtigte:
255/5 Wilh. Roll.

**Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer**
Berlins und Umgegend.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß das Mitglied
**Bernhard Engelmann**
verstorben ist. Die Beerdigung findet Sonntag, Nachm. 2½ Uhr, von der Charitee aus statt.
380/12 **Der Vorstand.**

**Todes-Anzeige.**
Allen Freunden und Bekannten zur traurigen Nachricht, daß mein lieber Mann, Vater und Schwiegervater, der Tischler **Albert Witt,** nach 9jährigem schweren Leiden am 22. Febr., Abends 10½ Uhr, verschieden ist. — Die Beerdigung findet am Sonntag Nachm. 3 Uhr vom Trauerhause, Manteuffelstraße 66, aus nach dem Emmaus-Kirchhof statt. 1503b
**Die trauernden Hinterbliebenen.**

**Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer**
(E. H. Nr. 2, Hamburg).
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß das Mitglied, der Zimmerer
**Gustav Heinrich,**
verstorben ist. Die Beerdigung findet morgen, Sonntag, Mittag 12 Uhr vom Trauerhause, Metzerstr. 31, aus nach dem Georgen-Kirchhofe in Weißensee statt. Um rege Betheiligung bittet
366/6 **Der Vorstand.**

**Beerdigungsverein Berliner Zimmerleute.**
Am 22. d. M. verstarb nach langen Leiden unser Kamerad, der Zimmerer
**Gustav Heinrich**
im Alter von 30 Jahren. Die Beerdigung findet Sonntag, den 26. cr., Mittags 12 Uhr, von der Metzerstr. 31 aus nach Weißensee statt.
1496b **Der Vorstand. Plötz.**

**Todes-Anzeige.**
Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler
**Peter Sörensen**
am 22. d. M. verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 26. cr., Nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Luisen-Kirchhofes in Britz aus statt. 1493b
**Die Arbeiter der Pianomechanik-Fabrik von F. Langer u. Co.**

Die blamirte Justiz und der meineidige Betrüger — Seit 1890 über 100 Eingaben. 37209
**Carl Syben. Iserlohn,** Westf.

## Große öffentliche Versammlung der Maurer u. Putzer

**Berlins und Umgegend**
am **Sonntag,** den 26. Februar, Vormittags 10 Uhr, in den **Concordia-Sälen,** Andreasstr. 64.
Tages-Ordnung:
1. Welche Forderungen stellen wir in diesem Baujahr? 2. Stellungnahme zu der am 2. Osterfeiertag hier stattfindenden Maurerkonferenz event. Wahl der Delegirten zu derselben. 3. Gewerkschaftliches.
Einen zahlreichen Besuch erwarten 242/6*
**Die Vertrauensleute.**
**Heinrich Schigolsky,** Schwedterstr. 27. **Friedrich Gräschke,** Lübbenerstr. 26.

## Vereinigung der Drechsler u. verw. Berufsgenossen Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.
**Sonntag, den 26. Februar, Vormittags präz. 10½ Uhr, im Lokale des Herrn Ehrenberg, Annenstr. 16:**
**Versammlung.**
Tagesordnung: 1. Vortrag über: Industrieverband oder Kartellvertrag? Referent: **Karl Dost.** 2. Wahl der Delegirten zur General-Versammlung und Ersatzwahl zum Rechtsschutz. 3. Diskussion. 4. Bericht des Arbeitvermittlers und des Bibliothekars. 5. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimirt.
Mitglieder, welche im Besitz von Billets der Matinee und des Maskenballs sind, werden ersucht in der Versammlung zu erscheinen. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes pünktlich zu erscheinen.
136/15 Im Auftrage: **Rudolf Klotzsch,** Bevollmächtigter, Koppenstr. 78.

**Grosse öffentliche**
## Versammlung für Männer und Frauen

**am Sonntag, den 26. Februar, Abends 6 Uhr,**
bei **Otto Klein, Schönleinstr. 6.**
Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Otto Klein über: Bourgeoisie und Sozialdemokratie. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 407/2
Zur Deckung der Unkosten 10 Pf. Entree.
Nachher: **Geselliges Beisammensein.** Um zahlreiches Erscheinen bittet
**Die Einberuferin.**

## Nationale Krankenkasse der deutschen Gold- und Silberarbeiter

**und verwandten Berufsgenossen.** (Eing. Hilfskasse.)
**Montag, den 27. Februar, Abends präz. 8½ Uhr, im Dresdener Garten (großer Saal), Dresdenerstraße 45:**
**Mitglieder-Versammlung**
(§ 29 des Statuts).
Tagesordnung: 1. Jahresbericht des Vorstandes. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimirt.
Die Mitglieder werden ersucht, in Anbetracht der Wichtigkeit der Verhandlungen recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
1491b **Der Vorstand.** J. A.: **C. Holtkamp.**

## Kranken-Unterstützungsverein der Tabakarbeiter

**(früherer Medizinal-Verein).**
**Dienstag, den 7. März, Abends präz. 8½ Uhr, bei Röllig, Neue Friedrichstr. 44:**
**General-Versammlung.**
Tagesordnung: 1. Rechnungslegung. 2. Neuwahl des Vorstandes und Ausschusses sowie der Kranken-Kontrolleure. 3. Vereinsangelegenheiten
**Der Vorstand! Louis Dechand.**

**Central-Krankenkasse der Tabakarbeiter. Berlin II.**
Dienstag, den 7. März, Abends 9 Uhr, bei Röllig, Neue Friedrichstraße 44:
**Mitglieder-Versammlung.**
Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Verschiedenes.
1488b **Die Ortsverwaltung: Louis Dechand.**

**Kranken- u. Sterbe-Unterstütz.-Kasse der Vergolder**
**und Berufsgenossen** (E. H. Nr. 19).
**Sonntag, den 12. März 1893:**
Vorm. 10½ Uhr:
**Außerordentliche General-Versammlung**
im Lokale des Herrn **P. Reckelberg, Wasserthorstr. 54.**
Tages-Ordnung:
1. Bericht über die Beschlüsse der letzten Generalversammlung der Hilfskasse Nr. 42. 2. Anträge der Mitglieder. 3. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht dringend 1487b
**Der Vorstand.**
W. Behrend, G. Schäffer, H. Borchert, Vorsitzender. Kassirer. Schriftf.

**Versammlung des Fachvereins der Firmenschilder-Branche** 1471b
**Montag, den 27. Februar,**
Abends 8 Uhr,
in **Wienecke's Restaurant,** Alte Jakobstraße 83.
T.-O.: 1. Vortrag des Genossen **Rich. Seidel:** „Von Christi Geburt bis heute." 2. Diskussion. 3. Bericht des Delegirten über die Arbeitsnachweis-Frage. 4. Verschiedenes. — Gäste haben Zutritt.
Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich zu erscheinen. **Der Vorstand.**

**Genossenschafts-Buchdruckerei.**
(Eing. Gen. m. beschr. Haftpfl. **Solingen**).
**Sonntag,** den 26. März, im Lokale des Hrn. **Carl Ern Wehrwolf,** Solingen:
**General-Versammlung.**
Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht und Vorlegung der Bilanz event. Decharge-Ertheilung.
2. Ergänzungswahl des Vorstandes und des Aufsichtsrathes.
3. Besprechung über Abänderung des Statuts. 1501b
**Der Vorstand und Aufsichtsrath.**

**Dr. Hoesch,** homöopath. Arzt, Linienstr. 149. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10.

**Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. s. w.**
**Filiale F.**
Montag, d. 27. Febr., Abends 8½ Uhr:
**Mitglieder-Versammlung**
im **Vorstädtischen Kasino,** Ackerstr. 144.
Tagesordnung:
Abrechnung vom IV. Quartal 1892. Vortrag des Zahnarztes **Dr. R. Wolf** über „Zahnkrankheiten". Verschiedene Kassenangelegenheiten. 304/4
Die Frauen der Mitglieder haben Zutritt. **Die Ortsverwaltung.**

**Allgem. Unterstützungs-Kasse f. Lederzurichter**
im Polizeibezirk Berlin (E. H. Nr. 50).
**Sonntag, den 12. März,**
Vorm. 10½ Uhr,
**Weinstrasse II bei Feindt:**
**Außerordentliche Versammlung.**
Tages-Ordnung: Statutenberathung.
204/3 **Der Vorstand.** J. A.: G. Busse.

**Freireligiöse Gemeinde.**
Rosenthaler-Straße Nr. 38.
Sonntag, Vormittags 10¼ Uhr:
**Vortrag von Herrn Dr. Br. Wille:**
**Unzeitgemäßigkeit.**
Gäste sehr willkommen. 152/5

**Marken** z. quittiren von
**Partei-Beiträgen**
empfiehlt allen Genossen die Quittungsmarken und **Kautschuk-Stempelfabrik von Conrad Möller, Schkeuditz-Leipzig.**
Preisliste gratis und franko.

Meyer's Konvers.-Lexik. kaufe sofort. Nachr. Postkarte. **Schröter,** Camphausenstraße 31. 1473b*

Verantwortlicher Redakteur: **Wilhelm Schröder** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin, SW, Beuthstraße 2.

Hierzu zwei Beilagen.

# 1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 48. Sonnabend, den 25. Februar 1893. 10. Jahrg.


## Parlamentsberichte.

### Deutscher Reichstag.

**51. Sitzung vom 24. Februar 1893. 1 Uhr.**

Am Bundesrathstisch: v. Boetticher.

Die Vorlage, betreffend die Kautionen der Bundesbeamten wird in dritter Lesung unverändert ohne Debatte angenommen.

Darauf wird die Etatsberathung fortgesetzt. Die Diskussion über das Ausgabekapitel „Reichsversicherungsamt“ des Spezialetats des Reichsamts des Innern nimmt ihren Fortgang.

Abg. **Schmidt-Elberfeld** (dfr.): Auf dem Lande werden vielfach die versicherten Arbeiter verantwortlich gemacht für Versäumungen bei Einklebung der Marken. Nun ist aber durch das Gesetz zweifellos den Arbeitgebern die betreffende Verpflichtung auferlegt. Die unteren Polizeibehörden verlangen sogar auf dem Lande, daß der Arbeiter die fehlenden Marken in seine Quittungskarten auf eigene Kosten einklebt. Es sollte veranlaßt werden, daß die unteren Verwaltungsbehörden den betreffenden Organen entsprechende Weisungen zugehen lassen. Gestern hat Herr Wurm erklärt, ohne die Sozialdemokratie würde man für die Arbeiter keinen Finger gerührt haben. Diese Legende muß zurückgewiesen werden. Die natürliche und ruhige Entwickelung der Dinge hat uns die Arbeiterfürsorge gebracht. (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten). Der ruhige stetige Fortschritt in den Verhältnissen der Gesellschaft überhaupt hat diese Einrichtungen mitgebracht, und fraglich ist nur, ob es richtig war, es von Staatswegen oder es anders zu machen. Was die Sozialdemokratie fordert, hat schon vor 50 Jahren Harkourt gefordert. Seit ich im Reichstag bin, habe ich dieselben Forderungen wie Krankenkassen, Normal-Arbeitstag für verschiedene Gewerbe u. s. w. erhoben. Herr Wurm kann das nicht wissen, weil er erst seit 1890 hier ist. Ihre (zu den Sozialdemokraten) Agitation ist keine Förderung, sondern ein Hemmschuh für diesen Fortschritt. Durch Ihre Agitation ist bis in die höchsten Kreise die Meinung erweckt worden, als ob Ihre Existenz eine Gefahr für Staat und Gesellschaft sei. Das ist ganz falsch. Die Jungen in Ihrer Partei haben ganz recht: So lange Sie noch parlamentiren, sind Sie nicht gefährlich! (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten). Ich kenne doch meine Pappenheimer (Große Heiterkeit). Heute demonstriren Sie gegen den Staat und morgen bringen Sie bei Festlichkeiten am begeistertsten das Hoch auf den Kaiser aus! (Stürmische Unterbrechung bei den Sozialdemokraten. Der Präsident von Levetzow bittet den Redner, sich nicht soweit von der Sache zu entfernen). Herr Wurm hat auch behauptet, daß der größte Theil der Renten nur durch Zwang nach erfolgter Anrufung der Schiedsgerichte gezahlt wird. Hätte Herr Wurm den Bericht gelesen, der uns in diesen Tagen zugegangen ist, so würde er diese Behauptung nicht aufgestellt haben; denn es sind nur 1/6 der Renten vor die Schiedsgerichte gekommen, von 128 239 Bescheiden sind nur 5221, etwa 4 pCt., durch die Schiedsgerichte abgeändert worden.

Staatssekretär **v. Boetticher**: Aus dem Streit der Parteien ziehe ich den Schluß, daß es doch keine schlechte Gesetzgebung sein muß, die hier in Frage steht. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Es entspricht nicht der Vorschrift des Gesetzes, wenn die Arbeiter für die unterlassene Einklebung der Marken verantwortlich gemacht werden. Das Reichs-Versicherungsamt kann dagegen nichts thun; das Reichsamt des Innern wird aber, wenn diese Klagen zu ihm dringen, Gelegenheit nehmen, die Unterbehörden entsprechend anzuweisen.

Abg. **Hoffmann-Chemnitz** (Soz.): Wir haben in Chemnitz vielfach den Fall gehabt, daß den Arbeitern keine Marken von den Unternehmern eingeklebt wurden, obwohl die Arbeiter ihre Beiträge gezahlt hatten. Diese Beiträge gehen also den Leuten verloren und die Sicherheit, ihren Rentenanspruch zu begründen, vermindert sich mit jeder fehlenden Marke. Sehr schlimm ist es, daß Arbeiter in die Lage kommen, die ihnen zugesprochene Rente nicht erheben zu können. Der betreffende war nicht im stande zu schreiben, konnte seine Unterschrift nicht geben, und die Postbehörde verweigerte mit Recht nach dem Buchstaben des Gesetzes die Auszahlung der Rente. Hier muß doch Abhilfe geschaffen werden. In Sachsen ist weiter das Unglaubliche geschehen, daß man Arbeitern, armen Webern, die Rente verweigert hat, weil sie nach der sächsischen Landesgesetzgebung noch als Meister gelten. Wir sollen kein Recht haben, uns als Vertreter der Arbeiter aufzuspielen. Wir haben gegen das Gesetz gestimmt, weil dem Anspruch der Arbeiter nicht voll und ganz nachgegeben wurde. Jetzt aber, nachdem das Gesetz in Kraft getreten ist, sind wir verpflichtet, für seine Durchführung zu sorgen. Darum habe ich mir erlaubt, diese Beschwerde hier vorzutragen.

Staatssekretär **v. Boetticher**: Die Gefahr, daß Beiträge der Arbeiter zur Altersversicherung von dem Unternehmer unterschlagen werden können, ist nicht groß, denn der Unternehmer muß den Nachweis der Bezahlung der Beiträge durch Marken auf der Quittungskarte führen, und diese bleibt in den Händen des Arbeiters, der sich stets davon überzeugen kann, ob der Arbeitgeber die Marken eingeklebt hat, deren Betrag er ihm vom Lohne zurückbehält. In dem Falle, wo der Rentenempfänger nicht schreiben konnte, hätte der Postsekretär sich doch blos von der Identität des Mannes überzeugen und dann die Zahlung der Rente attestiren sollen. Wer eine Rente empfängt, muß dafür sorgen, daß er oder ein legitimirter Stellvertreter die Quittung leisten kann. Was die Meister betrifft, die keine Renten erhalten haben, so kann die Verwaltung daran nichts ändern; die Entscheidung des Reichs-Versicherungsamts ist souverän. Nur bei einer etwaigen Aenderung des Gesetzes würde diese Schwierigkeit beseitigt werden können.

Abg. **Buhl** (nl.): Was die behauptete Verschleppung von Entschädigungsansprüchen angeht, so wird diese vielfach dadurch herbeigeführt, daß die Betreffenden sich an eine andere als die zuständige Berufsgenossenschaft gewendet haben. Die zuerst angerufene Berufsgenossenschaft hat den Anspruch abgewiesen und dem Geschädigten nicht mitgetheilt, welches die richtige Adresse sei. So haben sich manche Fälle Jahre lang hingezogen. Die Verschleppung wäre vermieden worden, wenn die betreffenden Vorstände den betreffenden Arbeitern sofort Aufklärung gegeben hätten. Es wäre sehr wünschenswerth, wenn dies allgemein geschähe, obgleich natürlich eine Verpflichtung der Vorstände dazu nicht besteht. Daß die Berufsgenossenschaften erst durch die Schiedsgerichte sich zur Zahlung von Renten bestimmen ließen, ist nur in Ausnahmefällen, die sehr gering sind, vorgekommen.

Staatssekretär **v. Boetticher**: In der von uns aufgestellten Novelle wird diese Schwierigkeit dadurch beseitigt, daß der angerufenen Genossenschaft auferlegt wird, der nach ihrer Meinung verpflichteten Genossenschaft Mittheilung davon zu machen. Lehnt die zweite Genossenschaft auch ab, so soll die erste den Fall instruiren und zur Entscheidung bringen, der Rückgriff an die andere soll ihr dann freistehen. Eine Kombination der Schiedsgerichte zu diesem Zweck ist nicht thunlich. Gewiß ist es wünschenswerth, daß auch jetzt schon die angerufene Genossenschaft dem Antragsteller eine bezügliche Mittheilung macht; ich werde diese Anregung verfolgen.

Abg. **Bebel**: Der Abg. Merbach hat gestern gemeint, wir schädigten die Sozialreform, weil ein sozialdemokratisches Blatt in Zwickau über die Prüfung einer Schutzvorrichtung in Freiberg einen spöttischen Bericht gebracht habe. So sind die Herren, bemerkte er, hier im Hause treten sie für die Schutzvorrichtungen ein und draußen spöttelten sie darüber. Ich muß diese Verallgemeinerung seiner Angriffe auf das Entschiedenste zurückweisen. Wenn in der That das betr. Blatt falsch berichtet war, so ist das etwas was auch den konservativen Blättern sehr oft passirt, und besonders das Blatt des Herrn Merbach, die „Dresdener Nachrichten“, sind berüchtigt wegen ihrer Uebertreibungen. Es wird mir nicht in den Sinn kommen zu behaupten, die Partei des Herrn Merbach bestehe aus niederträchtigen und schlechten Subjekten, weil vielleicht irgend eine Person in derselben eine Niederträchtigkeit oder Schlechtigkeit begangen hätte. Herr Merbach meinte ferner, unsere Bergleute wüßten hinlänglich, wie sie mit der Sozialdemokratie daran sind. Wir wissen es auch. In Freiberg haben Tausende und Tausende von Bergleuten für unseren Kandidaten gestimmt, und wir haben nur deshalb die Mehrheit nicht erhalten, weil die königlichen Beamten in mißbräuchlicher Anwendung ihrer Stellung vielen Bergleuten das freie Wahlrecht abgeschnitten haben. Herr Schmidt (Elberfeld) hat den alten Streit aufgerührt, wer die Sozialreform in Fluß gebracht habe. Wir haben die Sozialreform gemeint, welche 1879 durch die kaiserlichen Erlasse inaugurirt worden ist, und daß wir diese moralisch veranlaßt haben, ist seinerzeit in Thronreden und vom Fürsten Bismarck zugestanden worden. Im übrigen hätte gerade der Abg. Schmidt am allerwenigsten Veranlassung, gerade seine Partei als Förderin der Sozialreform hier zu erklären. Er weiß am besten, daß er eine ganze Reihe von Jahren hier als weißer Rabe für die Sozialreform eingetreten ist. Es giebt noch heute in seiner Partei sehr einflußreiche Mitglieder, wie Eugen Richter und Bamberger, welche auf diesem Gebiete nicht die geringste Konzession machen wollen. Daß unsere Agitation derartigen Bestrebungen schade, haben wir nicht gemerkt. Unsere Partei befindet sich bei einer solchen Agitation sehr wohl, hat sie den Freunden des Abg. Schmidt geschadet, so liegt dies in der Natur der Sache. (Vizepräsident Baumbach ersucht den Redner, allmälig auf das Reichs-Versicherungsamt zu kommen.) Nachdem einmal die Angriffe der Vorredner gegen uns zugelassen worden sind, ist es wohl ein einfacher Akt der Gerechtigkeit, daß man uns erlaubt, darauf zu antworten. Ich bemerke nur noch, daß es Leute giebt, welche die Agitation der freisinnigen Partei für mindestens ebenso schädlich halten, wie die Agitation der Sozialdemokratie. Ich bestreite dem Abg. Schmidt, daß die Kostenfreiheit der Anrufung der Schiedsgerichte die Neigung der Arbeiter verstärkt, von dem Rechtsmittel der Berufung einen übertriebenen Gebrauch zu machen. Ein Vorsitzender eines Schiedsgerichts hat dies auch bestätigt. Schließlich möchte ich die Frage stellen, wie es mit der für diese Session in Aussicht gestellten Novelle zum Unfallgesetz steht. Man hat gewünscht, daß das Unfallversicherungs-Gesetz auch auf die Arbeiter in den Gefangenen-Anstalten, auf das Handwerk und auf die im Handelsgewerbe beschäftigten Lohnarbeiter, Kutscher u. s. w. ausgedehnt werden möchte. Es ist nicht abzusehen, warum diese Arbeiter keinen Rentenanspruch haben sollen.

Staatssekretär **von Boetticher**: Die Revision des Unfallgesetzes sollten wir nicht überstürzen, sondern erst umfassendere Erfahrungen abwarten. Die Ausdehnung der Versicherung auf die von dem Vorredner genannten Kreise wird erörtert werden; auch die Fischerei soll noch in Betracht gezogen werden.

Abg. **Schrader** (dfr.): Die geltende Fassung des Invaliditätsgesetzes läßt die größten Ungerechtigkeiten zu. Ein alter Mann, der zur Altersrente berechtigt war, hat sie nicht erhalten, weil sein Arbeitgeber zu bequem war, ihm die Bescheinigung über die letzten Wochen seiner Beschäftigung auszustellen, welche dann an 141 fehlten. Solche Härten muß das Gesetz vermeiden. In den Fällen, wo die Rente abgeändert wurde, hat sich eine außerordentlich große Verzögerung durchweg ergeben. Hier läßt sich leicht Abhilfe schaffen, wenn die Schiedsgerichte in den Stand gesetzt würden, rascher zu funktioniren. Herr Bebel protestirt mit Recht gegen die Verallgemeinerung von Vorwürfen, welche der Abg. Merbach sich angeblich zu Schulden kommen ließ, aber keine Partei hat mehr in diesem Punkte gesündigt als die sozialdemokratische. Sie hat stets und immer die Arbeitgeber als solche als Gegner des Arbeiterstandes, als Feind desselben bezeichnet. Sie hat damit nur die Verbitterung zwischen beiden Parteien genährt. Zeigen auch Sie das Bestreben, solche Verallgemeinerungen zu vermeiden!

Staatssekretär **v. Boetticher**: Die Vorschläge des Vorredners sind auch bei uns schon in Erwägung gezogen worden, sie sind zum theil sogar in unserer Novelle enthalten. Nach der bisherigen Lage der Gesetzgebung werden allerdings manche Ansprüche nicht abgeurtheilt von den Berufsgenossen des Antragstellers, denn in den Berufsgenossenschaften sind jetzt schon die verschiedensten Arbeiterkategorien vereinigt. Es wird zu erwägen sein, ob die Schiedsgerichte nicht einfacher und anders als die Berufsgenossenschaften selbst zu organisiren sein möchten. Das Verfahren behufs Entziehung der Rente wird von den Berufsgenossenschaften sehr ausgiebig eingeschlagen, und es entspricht in der That dem Rechtsbewußtsein nicht, wenn eine Partei einfach die einmal der anderen Partei gewährte Rente entziehen kann. Die Entziehung der Rente wird in Zukunft vielleicht besser im Klagewege angefochten.

Abg. **Götz-Leipzig** (nl.) weist ebenfalls die allgemeinen Angriffe des Abg. Wurm gegen das Unternehmerthum zurück. Das Unfallgesetz hat segensreich für die Arbeiter gewirkt, aber hauptsächlich, weil die Unternehmer auf grund dieses Gesetzes so Kolossales haben leisten müssen. Sie haben das aber gern gethan, sie tragen die Lasten hier allein. Die Berufsgenossenschaften haben sich mit Lust und Liebe dem neuen Zweige der öffentlichen Fürsorge gewidmet. Mit den Entscheidungen des Reichs-Versicherungsamts müssen auch die Genossenschaften zufrieden sein. Wenn die Geschädigten aber im Laufe der Zeit ihre Gesundheit und Arbeitsfähigkeit wieder erlangen, ist es doch ganz natürlich, daß eine Verkürzung der Rente eintritt; aber auch hier ist ja das Verfahren vor dem Schiedsgerichte statthaft, und eine Benachtheiligung des Geschädigten also nicht zu befürchten. Die Arbeiter sollen Vertrauen haben in das Gesetz und in diejenigen, welche es ausführen, sie sollen erkennen, wie groß die Vortheile sind, welche das Gesetz ihnen bietet.

Abg. **Harm** (Soz.) stellt die Behauptung des Abg. Schmidt, daß man von jeher schon Krankenkassen gehabt habe, als ganz hinfällig dar, da es sich früher blos um vereinzelte Erscheinungen gehandelt hat. Auch dieser Redner führt Klage über die Härten, welche bei der Wiedereinziehung von Renten vorkommen. Man sollte den armen Leuten, welche durch ihre Verunglückung schwer genug bestraft sind, auch nicht noch die Rente wieder abnehmen. Die Auslegung, daß sie unter das Gesetz nicht fallen, weil sie sich die Rohstoffe selber beschaffen, führt in ihrer Konsequenz zur größten Ungerechtigkeit. Nach der Gewerbe-Ordnung würden gerade diese Arbeiter auch unter das Unfallgesetz zu fallen haben.

Bundesbevollmächtigter Geh. Rath **Landmann**: Ueber die letztere Frage sind eingehende Erwägungen angestellt worden, man hat die Ausdehnung auf die Hausindustrie bereits erörtert. Zu welchen Entschließungen die verbündeten Regierungen kommen werden, weiß ich nicht. Die Berufung auf die Gewerbe-Ordnung entscheidet die Frage nicht.

Abg. **Wisser** (wild) bittet nochmals um die Ausdehnung der Alters- und Invaliditäts-Versicherungspflicht auf die kleinen landwirthschaftlichen Betriebe.

Abg. **Röficke** (wild) hält den Ausdruck des Staatssekretärs, daß die Berufsgenossenschaften von ihrem Rechte der Anfechtung der Rentenbemessung recht ausgiebig Gebrauch gemacht hätten, sofern darin ein Vorwurf für die Berufsgenossenschaften liegen solle, für nicht ganz berechtigt.

Staatssekretär **v. Boetticher**: Die Berechtigung, die Versicherung auf die landwirthschaftlichen Betriebe auszudehnen, steht den Einzelstaaten bereits jetzt zu. Weiter kann die Gesetzgebung nicht gehen.

Damit schließt die Debatte. Das Kapitel wird genehmigt.

Beim Kapitel „Physikalisch-technische Reichsanstalt“ bemerkt

Abg. **Witte** (dfr.): Am 30. Oktober vorigen Jahres ist der Leiter der zweiten Abtheilung der Anstalt, Dr. Löwenherz, gestorben. Ich hoffe, daß es der Reichsverwaltung gelingen möge, eine wenn auch nur einigermaßen diesen so tüchtigen Mann ersetzende Persönlichkeit für die Anstalt zu gewinnen.

Das Kapitel wird bewilligt. Es folgt das Extra-Ordinarium.

Bei der Forderung von 690 000 M. zur Erwerbung eines Grundstücks für ein Dienstgebäude des Reichs-Gesundheitsamts in der Klopstockstraße zu Berlin und zu den Vorarbeiten für den Bau bemerkt auf eine Anfrage des Abg. **Lucius** (Rp.)

Staatssekretär **v. Boetticher**, daß nach seiner Meinung von einem Zuviel für die Bauplätze und die Ausstattung der Reichsgebäude nicht die Rede sein könne. Das Gesundheitsamt lasse sich sehr wohl aus dem Innern der Stadt hinausverlegen. Der für das Grundstück geforderte Preis sei auch nicht übermäßig hoch.

Die Forderung wird bewilligt.

Bei der Position von 100 000 M. für die Ausstattung des neuen Reichstagsgebäudes mit Möbeln, Beleuchtungsgegenständen, Teppichen ꝛc. bemängelt

Abg. **Zimmermann** (Antisemit), daß das Blattgold für die Kuppel nicht aus Deutschland, sondern aus Brüssel bezogen sei. Die deutsche Industrie, namentlich die Dresdener, hätte den Anforderungen durchaus entsprechen können und man hätte dann wirklich einen Schutz der nationalen Arbeit gehabt.

Staatssekretär **v. Boetticher**: Ich fühle mich vollständig unschuldig an der Vergebung der Arbeiten. Die Arbeit ist vergeben worden an einen deutschen Industriellen. Woher dieser das Material bezogen hat, kann ich nicht sagen, verantwortlich kann man uns dafür nicht machen, wir können dem in den einzelnen Fällen nicht nachgehen. Eine Befürchtung, daß das Blattgold nicht dauerhaft genug sein könnte, ist ausgeschlossen, denn jedes Packet Blattgold ist chemisch untersucht und auf seine Brauchbarkeit geprüft. Eine Kontrolle der Unternehmer darauf, daß sie nur bestimmte Bezugstätten für das Material benutzen, können wir nicht übernehmen.

Abg. **Zimmermann**: Dann muß ich bedauern, daß ein deutscher Unternehmer mit solchen Arbeiten beauftragt ist und dann das Material aus dem Auslande bezieht.

Staatssekretär **v. Boetticher**: Ich kann keineswegs zugeben, daß das Gold aus dem Auslande bezogen ist; ich weiß es nicht.

Der Titel wird bewilligt. Zur Ausschmückung des neuen Reichstagsgebäudes mit Bildwerken und Malereien werden 340 000 M. verlangt.

Abg. **v. Stauffenberg** (dfr.) fragt, ob alle Arbeiten bereits vergeben sind und wie weit der Reichstag dabei noch mitzusprechen habe.

Staatssekretär **v. Boetticher**: In bezug auf die künstlerische Ausstattung des Gebäudes werden wir uns zunächst darauf beschränken müssen, dem Hause eine würdige Ausstattung zu geben und das andere der Zukunft zu überlassen. Die gesammte deutsche Kunst ohne territoriale Beschränkung soll betheiligt werden.

Für den Nord-Ostseekanal sind im Etat als siebente Rate 32 Millionen Mark ausgeworfen.

Abg. **Lingens** ist erfreut, daß dieses hoch bedeutende Werk in drei Jahren vollendet sein wird. Weniger erfreulich sei, daß nach der Meinung der Bauverwaltung die veranschlagte Bausumme nicht ausreichen werde. Dann geht Redner ausführlich auf die Seelsorge-Verhältnisse der bei dem Kanalbau beschäftigten Arbeiter ein.

Abg. **Cassel mann** (nl.) bedauert, daß entgegen der seinerzeitigen Versicherung des Staatssekretärs von Bötticher die heimische Industrie, namentlich die Steindrücke des Fichtelgebirges bei dem Bau der Schleusen und anderer für den Kanal erforderlicher Anlagen nicht berücksichtigt werden, vielmehr bedeutende Aufträge dem Auslande, speziell skandinavischen Werken zu Theil geworden sind. Die deutsche Industrie empfinde solche Zurücksetzung in einer Zeit wie die heutige doppelt schwer und hoffe, daß wenigstens nachträglich dieses Unrecht ausgeglichen wird.

Staatssekretär **von Boetticher**: Der Bezug schwedischen Granits hat sich wegen der großen Preisdifferenz als nothwendig erwiesen; deshalb hat die Verwaltung nachgelassen, daß die Unternehmer das ausländische Material verwenden durften. Die Verwendung deutschen Materials stellt sich nur da billiger, wo Wassertransport in Betracht kommt, das ist aber auf der Kanalstrecke bei Rendsburg nicht möglich. Die Differenz pro Kubikmeter stellt sich auf etwa 20 M. (Hört! hört!). Als bauleitender Beamter bin ich hier genöthigt, die Rücksichten der Sparsamkeit nicht außer Acht zu lassen. Innerhalb des mir überwiesenen Fonds zu verbleiben, halte ich für meine dringendste Aufgabe. Es fehlen jetzt noch etwa 1200 Kubikmeter; ich werde prüfen lassen, ob für diese Quantität vielleicht auch deutscher Granit bezogen werden kann, verspreche das aber nicht.

Abg. **Molkenbuhr** (Soz.) bringt die Klagen der Schiffer über den unfreiwilligen Aufenthalt zur Sprache, den ihnen die Sperrung der Passage durch die Holtenauer Schleuse verursacht. Diese Leute, die ohnehin in sehr gedrückter Lage seien und sehr unter der Konkurrenz der Dampfer zu leiden haben, würden durch die Vollendung des Kanals in ihren Einnahmen aus dem Verkehr zwischen Nord- und Ostsee noch einen weiteren Ausfall erfahren, und es wäre wohl zu erwägen, was von Reichswegen zu thun wäre, um die Leute für diesen Verlust zu entschädigen.

Staatssekretär **v. Boetticher**: Für die Entschädigung wegen Entziehung des Gebrauchs einer öffentlichen Wasserstraße sind Mittel bei der Bauverwaltung nicht vorhanden; es ist auch wohl ungewöhnlich, eine solche Entschädigung zu verlangen. Für abgebrochene Brücken und eingesunkene Dämme wird doch den Passanten auch keine Entschädigung gegeben.

An der weiteren Debatte betheiligen sich noch die Abgg. Seelig, Molkenbuhr, Thomsen und Staatssekretär von Boetticher, worauf der Titel bewilligt wird.

Damit ist das Extraordinarium und die Berathung des Etats des Reichsamts des Innern nach 18 Sitzungen, wie der Präsident besonders bemerkt, erledigt.

Schluß nach 5 Uhr.

Nächste Sitzung: Sonnabend, 1 Uhr. (Postdampfervorlage, Wahlprüfungen).

# Lokales.

**Sonst und jetzt.** Unseren Genossen wird es erfreulich sein, zu erfahren, daß sie gegenwärtig nicht mehr solche Dinge zu befürchten haben, wie vor mehreren Monaten, als sie dem Genossen Peus das Geleite nach dem Gefängniß gaben. Als Genosse Peus entlassen wurde, war die Polizei so ängstlich, daß sie denselben einige Stunden früher im grünen Wagen nach dem Polizeipräsidium, Alexanderplatz, brachte, und ihn von dort zur bestimmten Zeit auf freien Fuß setzte. Jetzt denkt die Polizei anders, und die sozialdemokratischen Genossen wissen nun, wie sie sich zu verhalten haben, wenn ein Genosse im Interesse des Proletariats durch eine etwaige „Unbesonnenheit" eine Gefängnißstrafe verwirkt und nach deren Verbüßung aus dem Gefängniß entlassen wird. Gleiches Recht für Alle gilt ja, Gott Lob!, bei uns, und die Polizei hat sich überzeugt, daß es Unrecht ist, Kundgebungen des Enthusiasmus, auch wenn sie nicht von ihr getheilt werden, zu hintertreiben.

Ein Zeichen der veränderten, verbesserten und veredelten Ueberzeugung der Polizei giebt uns der nachstehende, uns eben zugehende Bericht:

Die Entlassung des Rektors Ahlwardt aus dem Gefängniß zu Plötzensee gestaltete sich zu einer antisemitischen Demonstration. Ahlwardt's Strafzeit hatte um 8 Uhr 20 Minuten ihr Ende erreicht; man entließ ihn aber schon um 1 Uhr, ohne einen Grund hierfür anzugeben. Wahrscheinlich wollte man einen größeren Empfang an den Pforten des Gefängnisses verhindern. Einige Anhänger hatten sich aber in richtiger Voraussetzung schon vor 1 Uhr in Plötzensee eingefunden. Man geleitete den vorzeitig Freigelassenen zunächst nach dem Moabiter Schützenhause, wo sich 13 Abordnungen aus verschiedenen Ortschaften bei ihm als ihrem ersten Führer meldeten. Um 3 Uhr erschienen nach und nach etwa zweihundert Berliner Freunde, die kurz vor vier Uhr in einem Zuge von 47 Droschken erster Klasse Ahlwardt nach Berlin geleiteten. An der Spitze fuhr Ahlwardt mit seinem Vertheidiger Hertwig. Zuerst schien es, als ob man sogleich dem Norden zufahren wolle, dann aber, als man an der Schulzendorferstraße angelangt war, hieß es: „Zurück nach dem Thiergarten," und Ahlwardt hielt durch das Brandenburger Thor, gefolgt von dem langen Wagenzuge, seinen Einzug. Mochte es Zufall oder Absicht sein: als Ahlwardt das Thor durchfuhr, traten ihm zehn Studenten entgegen, die ihm das erste Hoch brachten. Nur schrittweise ging es die Linden entlang und dann durch die Friedrichstraße nach den Germania-Prachtsälen in der Chausseestraße. Ab und zu wurden Hochrufe aus dem Publikum laut, die Ahlwardt grüßend erwiderte. In den Germania-Sälen hatten sich etwa dreitausend Personen beiderlei Geschlechts eingefunden. Die Straße war mit Menschenmassen vor dem Lokale dicht besetzt. Als Ahlwardt das Innere betrat, empfing ihn der Tusch eines Musikkorps. Er wurde nach der Rednertribüne geleitet, die mit Palmengruppen geschmückt war. Ein ebenso brausender Empfang wurde dem Rechtsanwalt Hertwig zu Theil. Ehe Ahlwardt das Wort nahm, stürmten Händler in den Saal, die Broschüren gegen das Judenthum und Bilderbogen mit Ahlwardt's Heldenthaten feilboten. Um fünf Uhr begann Ahlwardt seine Ansprache: Er habe einen warmen Empfang in seiner Familie erhofft, sei aber entzückt von der großen deutschen Familie, der er angehöre, begrüßt zu werden. Die Zeit seines viermonatigen Kerkers könne er eigentlich nicht als unglücklich bezeichnen; er habe Muße gefunden, über die Bewegung nachzudenken und sei zu dem Schluß gelangt, Front gegen das Judenthum zu machen, so lange er lebe, gegen das parasitische asiatische Volk. Der Empfang zeige, daß die Bewegung keineswegs ins Stocken gerathen, sondern eher fortgeschritten sei. Der größte aller deutschen Männer, Fürst Bismarck, habe einst die Worte gebraucht: „Man setze Deutschland nur in den Sattel, reiten wird es schon können." Deutschland habe diese Kunst nicht gekannt. Bismarck habe geglaubt, daß rothe und schwarze Vögel das Thier scheu machten und habe nach ihnen geschossen. Das sei aber nicht der Grund gewesen, warum Deutschland sich im Sattel nicht halten konnte. Das Pferd habe — pardon, meine Damen — Läuse gehabt; die Juden hätten an ihm gehangen. Mit Merkurialsalbe müsse man deshalb den deutschen Gaul abreiben, um die Parasiten unschädlich zu machen. Auch der Stall müsse mit Schwefel ausgeräuchert werden. Der Deutsche sei einem Baume vergleichbar, an dessen Blätter jüdische Raupen fräßen; man müsse das Ungeziefer entfernen. In diesem Tone ging es noch lange fort, bis es zum Schluß hieß: „Ruhen wir nicht eher, bis wir die Juden los sind." Das Lied: „Deutschland, Deutschland" wurde hierauf abgesungen, und ein Hoch auf Ahlwardt, dann eins auf Hertwig folgte. Dieser redete jetzt wie folgt: „Geehrte Festversammlung! Wenn ich Sie so nenne, so bin ich dazu befugt, weil Sie den Sieg des Rechts über das Unrecht feiern. Arbeiten Sie dafür, daß die Begeisterung für den Antisemitismus fortlebe." Redner hält dafür, daß die Ovationen, die ihm gebracht seien, seinen bescheidenen Leistungen in dem Prozesse gälten, er bittet, die Flammen gegen das internationale Judenthum zu schüren, und schließt mit einem Hoch auf das deutsche Vaterland. Reichstags-Abgeordneter Werner-Kassel feiert seinen Kollegen Ahlwardt, der mit kühner Hand in das Wespennest gegriffen habe, führt Ahlwardt an das Gitter der Tribüne, bringt ihm ein nochmaliges Hoch und ruft aus: „Immer vorwärts, rückwärts nimmer!" Zahlreich eingegangene Depeschen werden verlesen, die Ahlwardt beglückwünschen. Paul Werner-Marburg hält die Wahl Hertwig's im Liegnitzer Kreise nicht für aussichtslos. Ahlwardt will seine Ausdrucksweise wegen der schwarzen Vögel nicht mißgedeutet wissen: er greife keinen wegen seiner Religion an; den Streit zwischen Katholiken und Protestanten schüren nur die Juden, die namentlich getaufte Juden als Vorposten in das Lager der Christen schicken, um Uneinigkeit zu säen. — Wilhelm Kratzer bringt jetzt ein Hoch auf den Kaiser aus; stehend wird die Nationalhymne gesungen, und ihr folgt ein auf den Tag der Freilassung Ahlwardt's von Friedrich Grawert gedichtetes „Festlied der Deutschen", das auch des Redakteurs Saling gedenkt. Die Anfangsbuchstaben des Schlußverses bilden die Worte: „Ahlwardt frei!" Die Schlußverse lauten: „Au weih, au weih, Ahlwardt frei, Heißt es jetzt in Judas Munde, Nun beginnt für uns die böse Stunde." Die Empfangsfeier zog sich bis in die späte Stunde hinein.

**Einen Schmerzensruf über die Berliner Dienstboten** ließ Frau Ingenieur L., geb. v. W., in der „Berliner Dienstboten-Zeitung" kürzlich ertönen. Wir glauben Einiges daraus der mitleidigen Mitwelt nicht vorenthalten zu können. — „Ich bin", so schreibt die offenherzige Dame, „seit 30 Jahren verheirathet und habe während dieser Zeit an den verschiedensten Orten gelebt und Dienstboten gehalten, aber nirgends erlebte ich es, daß mir meine Mädchen in irgend einer Weise begegneten wie hier. Ich verlange es nicht, daß sich die Mädchen mit sklavischer Unterwürfigkeit benehmen, aber dieser Sprache des Gleichberechtigtseins, welche die Mädchen, die schon längere Zeit in Berlin leben, zu gebrauchen belieben, ist mir geradezu unerträglich. Wie anders, wie ganz anders betragen sich da die Dienstboten in Schlesien, wie anders die der Provinz Posen, in welcher ich zuletzt gelebt. Da gilt noch Bescheidenheit und Demuth, während hier —! Mich bedünkt es, als seien die Berliner Dienstmädchen sammt und sonders nihilistisch angehaucht." Nach diesem Herzenserguß kommt Madame auf ihr letztes Dienstmädchen zu sprechen, an der sie besonders die „geradezu unerträgliche Sprache des Gleichberechtigtseins" bemerkte und deren Verhalten sie, wie sie meint, in der Annahme bestärkte, daß die Berliner Mädchen „sammt und sonders nihilistisch angehaucht seien". Sie hatte nämlich das Mädchen — nach ihren weiteren Ausführungen — an ihre „Dienstboten-Stellung" erinnert, was dieses zu einer Erwiderung veranlaßte, in welcher in etwas ungeschickter Weise die Noth wendigkeit der Gleichberechtigung der Menschen betont wurde. Zum Schluß ihrer Epistel läßt Frau L., geborene v. W. folgenden Stoßseufzer von sich: „Ich bitte Sie nun, wozu sollen derartige Ansichten führen? — Natürlich entlasse ich die rabiate Person und werde ich mir ein staatspolnisches Mädchen aus K. kommen lassen. Wenn nun viele Dienstboten haltende Damen meinem Beispiel folgen wollten, so würden die Berliner Köchinnen und Mädchen für Alles bescheidener werden!"

Mögen die Frau Ingenieur und andere „gnädige" Frauen sich immerhin polnische Mädchen aus K. kommen lassen — die Berliner Dienstmädchen fürchten deren Konkurrenz nicht. Die Frau Ingenieur kann es nicht vertragen, daß ein einfaches Berliner Dienstmädchen weiter in der Kultur vorgeschritten ist, als sie selbst, nur hätte sie dann nicht nach Berlin kommen, sondern noch weiter nach Osten ziehen sollen. Solchen Damen, wie der Frau Ingenieur gegenüber, erscheint ein „rabiates" Berliner Dienstmädchen gerade am Platz, um den Vogel, den die gnädige Frau im Kopfe hat, eine andere Melodie pfeifen zu lehren.

**Ein Kutscher, der zum Beisitzer ins Gewerbegericht** gewählt wurde, erhielt gleich darauf seine Entlassung von seinem Prinzipal, dem Fuhrherrn Vogler, Prenzlauer Allee. Einen Grund gab dieser bei der Entlassung nicht an; erst später, als ihn der Entlassene nach dem Grunde der Entlassung fragte, sagte ihm Herr Vogler: Weil Sie für Vereinssachen streben und agitiren; Sie sind auch als Beisitzer im Gewerbegericht gewählt. Dann folgten noch einige Bemerkungen über die Sozialdemokratie u. s. w. Herr Vogler ist ein „freisinniger" Mann, aber man sieht, er benutzt seine Macht, sein „Herrenrecht" ganz, als ob er König Stumm in eigener Person wäre. Solche Vorgänge sind aber eine Mahnung an die Arbeiter aller Berufszweige, sich um so fester zusammenzuschließen, um die Arbeitgeber zu zwingen, die persönliche Freiheit des Arbeiters zu respektiren. —

**Die Herstellung neuer Baumpflanzungen** an Straßen und Chausseen soll in dem bevorstehenden neuen Verwaltungsjahr erfolgen, und sind die Mittel hierfür bereits in dem Etat für 1893 und 1894 vorgesehen: in a) Ackerstraße zwischen Bernauer- und Feldstraße, nordöstliche Seite; b) Bergmannstraße, längs der Markthalle am Marheinickeplatz; c) Gotzkowskistraße, Ostseite von der Thurm- bis zur Alt-Moabiterstraße; d) Hussitenstraße zwischen Grenzstraße und Straße 88 nordöstliche Seite längs des Humboldthains, e) Kesselplatz; f) Kolonnenstraße zwischen Schweden- und Sandstraße (beiderseitig, von der Sand- bis zur Soldinerstraße, Ostseite; g) Kurfürstenstraße zwischen Genthiner- und Potsdamerstraße; h) Lehrterstraße von der Seidlitzstraße bis ca. 265 Meter südlich der Kruppstraße; i) Perlebergerstraße, Nordseite, von der Birken- bis zur Stromstraße, k) Schönhauser-Allee, Ostseite, von der Saarbrückener- bis zur Metzerstraße; l) Puttlitzerstraße, Promenade, von der Birken- bis Quitzowstraße; m) Wilsnackerstraße, Ostseite, von der Thurmstraße bis zur Straße Alt-Moabit.

**Einer jener „klugen Frauen"**, die in Berlin vielfach so schändliches Gewerbe betreiben, scheint die 25 Jahre alte Erzieherin Amalie K., die bis vor kurzem bei einem Arzte in der Kommandantenstraße in Stellung war, in die Hände gefallen zu sein. Aus dem Hause Invalidenstr. 118, wo sie Unterkommen gefunden hatte, wurde sie schwerkrank nach der Charitee gebracht und ist hier gestorben. Nach der Beerdigung hat die Staatsanwaltschaft eine bestimmte Unterlage für die Annahme eines Verbrechens erlangt und daher die Untersuchung eingeleitet. Vermuthlich wird die Leiche wieder ausgegraben werden.

**Ein guter Fang** ist der hiesigen Kriminalpolizei durch die Verhaftung eines jungen Mannes gelungen, der sich Viktor Pierrard nannte und aus Charonne bei Paris zu kommen vorgab. Auf diesen Namen führte er auch Papiere bei sich. Nach seiner Angabe ist er im November v. J. von Paris nach Wien gereist, um sich eine Stellung als Handlungsgehilfe zu suchen. Der amerikanischen Gesandtschaft in Wien hat er einen Geburtsschein auf Ratter vorgezeigt und daraufhin den erbetenen Legitimationsschein zur Reise nach Amerika erhalten. Auf der Fahrt von Wien nach Berlin lernte er ein Mädchen kennen, das auch nach Amerika reisen wollte und sich durch ein Eheversprechen von ihm verleiten ließ, in einem hiesigen Gasthofe gemeinsam Quartier zu nehmen. Beide fuhren darauf nach Hamburg, um dort auf Reisegeld zu warten. Da es aber nicht ankam, wurde Frl. L. ungeduldig und reiste allein. Bei der Besorgung der Ueberfahrtskarte wurde sie von P. um 30 M. betrogen, der ihr auch noch vor der Abreise aus dem verschlossenen Reisekoffer ihre goldene Uhr entwendete. Es ist nun festgestellt worden, daß der angebliche Pierrard der Kommis Paul Ratter aus Kaiserslautern ist, der von Bonn aus wegen Urkundenfälschung steckbrieflich verfolgt wird. Die falschen Papiere will er sich in Italien verschafft haben; sein Geburtsschein, den er der Gesandtschaft in Wien vorgelegt hat, ist in der Weise gefälscht worden, daß er aus Ratter — Kotter machte. Man nimmt an, daß ihm noch andere Straffthaten zur Last fallen.

**In schwerkrankem Zustande** wurde vorgestern Nachmittag um 5½ Uhr an der Ecke der Neuen Wilhelm- und Dorotheenstraße ein unbekannter Mann aufgefunden und auf Veranlassung des dritten Polizeireviers in die Charitee übergeführt. Ueber die Persönlichkeit ist bei dem bewußtlosen Zustande des Kranken ebensowenig festzustellen gewesen, wie die Art des Leidens bekannt ist.

**Im Dienst verunglückt** ist in der gestrigen Nacht der städtische Nachtwächter Lederer. Als derselbe gegen 3 Uhr früh sein Revier abschritt, fiel er infolge der bei dem starken Frost eingetretenen Glätte so unglücklich auf dem Trottoir am Prenzlauer Thor, daß er einen komplizirten Bruch des rechten Unterschenkels erlitt. Von Passanten wurde der Verletzte nach dem städtischen Krankenhause am Friedrichshain geschafft.

**Marktpreise in Berlin** am 23. Februar, nach Ermittelungen des Polizeipräsidiums. Weizen per 100 Kg. guter von 15,80—15,20 M., mittlerer von 15,10—14,60 M., geringer von 14,50—14,00 M. Roggen per 100 Kg. guter von 13,50—13,20 M., mittlerer von 13,10—12,90 M., geringerer von 12,80—12,50 M. Gerste per 100 Kg. gute von 17,50—16,80 M., mittlere von 16,20—15,10 M., geringe von 15,00—13,80 M. Hafer per 100 Kg guter von 15,80—15,20 M., mittlerer von 15,10—14,60 M., geringer von 14,50—14,00 M. Stroh, Richt- per 100 Kg. von —,— —,— M. Heu per 100 Kilogramm von —,— M. Erbsen per 100 Kg. von 40,00—25,00 M. Speisebohnen, weiße per 100 Kg von 50,00—20,00 M. Linsen per 100 Kg. von 80,00 bis 30,00 M. Kartoffeln per 100 Kg. von 7,00—4,50 M. Rindfleisch von der Keule per 1 Kg. von 1,60—1,20 M. Bauchfleisch per 1 Kg. von 1,30—0,90 M. Schweinefleisch per 1 Kg. von 1,60—1,20 M. Kalbfleisch per 1 Kg. von 1,60—0,90 M. Hammelfleisch per 1 Kg. von 1,50—0,90 M. Butter per 1 Kg. von 2,80 bis 1,80 M. Eier per 60 Stück von 6,00—3,40 M. Fische per 1 Kg.: Karpfen von 2,40—1,20 M. Aale von 3,00—1,20 M. Zander von 2,40—1,00 M. Hechte von 1,80—1,00 M. Barsche von 1,60—0,70 M. Schleie von 2,40—1,00 M. Bleie von 1,40 bis 0,80 M. Krebse per 60 Stück von 10,00—3,00 M.

**Polizeibericht.** Am 23. ds. Mts. Morgens wurde im Engel-Becken die bereits stark verweste Leiche einer unbekannten Frauensperson angeschwemmt. — In der Färberei und Appretur-Anstalt von Cabanis und Pape Köpnickerstr. 21, wurde Vormittags die etwa 5 Zentner schwere Verschlußplatte des mit Dampf geheizten Preßofens anscheinend infolge Ueberheizung abgesprengt und gegen die Wand geschleudert. Hierbei wurde der Arbeiter Wenzel zu Boden geworfen und erlitt außer schweren Verletzungen am Kopfe, eine Gehirnerschütterung, so daß er nach dem Krankenhause Bethanien gebracht werden mußte. — Im Flur des Hauses Französischestr. 46 wurde Nachmittags ein Arbeiter mit einer anscheinend von einem Falle herrührenden schweren Verletzung am Kopfe aufgefunden und nach der Charitee gebracht. Abends fand in der Madaistr. 11 ein kleiner Brand statt.

---

# Gerichts-Zeitung.

**Der Kampf um den Lohn redlicher Arbeit**, der namentlich im Baugewerbe in den verschiedensten Formen ausgekämpft wird, führte am Freitag die Maurer Karl Lewack und Oskar Heiden aus Berlin unter der Anklage der Nöthigung vor die 2. Strafkammer am Landgericht II. Die Angeklagten arbeiteten mit anderen Genossen auf einem Neubau in der Kaiser Friedrichstraße in Charlottenburg. Der Polier Gersdorf hatte die Maurerarbeiten übernommen, der Lohn sollte wöchentlich von dem Bau-Unternehmer Wilhelm Günther gezahlt werden. Der Bau-Unternehmer gehörte zu denjenigen Existenzen, welche nur „leben", wenn sie „bauen", und die, wenn sie „bauen", „kein Geld" haben und Schulden machen. Am Sonnabend, den 9. Juli, gab es kein Geld, die Maurer wurden bis auf den Montag vertröstet. Am Montag gab es statt der fälligen 450 M. nur 150 M. statt 25—30 M. erhielten die Maurer höchstens 11,50 M. Darüber ergrimmt, schickten sie in den beiden Angeklagten eine Deputation an den Bau-Unternehmer. Dieser empfing sie mit den Händen in den Hosentaschen und erklärte trocken, er habe „kein Geld". Die Angeklagten zogen ihm aber die Hände und mit diesen das Portemonnaie aus den Taschen und entnahmen dem letzteren ohne Einverständniß des Besitzers 24,50 M. Diesen Betrag vertheilten sie unter ihre Arbeitskollegen, es kamen nicht ganz zwei Mark auf den Mann. Wie immer in solchen Fällen kam der hinkende Bote nach und brachte die Anklage. Der Staatsanwalt wollte diese unberechtigte Selbsthilfe schon mit je zehn Tagen sehr milde geahndet wissen, der Gerichtshof nahm aber auf die Nothlage der Arbeiter, denen die Gefahr drohte, um ihren Arbeitsverdienst geprellt zu werden, Rücksicht und erkannte nur auf je fünf Mark Geldstrafe.

**Aus dem Reichs-Versicherungsamte.** Eine wichtige Entscheidung traf das Reichs-Versicherungsamt als Rekursinstanz im Anfange dieses Monats. Der im höchsten Grade schwindsüchtige Tischler Lichte aus Lötz hatte bei der Versicherungsanstalt Westpreußen die Zubilligung der gesetzlichen Invalidenrente beantragt. Die Versicherungsanstalt hatte indessen Lichte mit seinem Antrage abgewiesen, weil Lichte bereits am 6. März 1891 dauernd erwerbsunfähig gewesen sei, die 47. Woche seines Beitragsjahres aber erst in den Monat November des Jahres 1891 fiel. Lichte rief daraufhin das Schiedsgericht an. Dieses sprach ihm die beanspruchte Invaliditätsrente zu, indem es auf grund des § 17 des Gesetzes vom 22. Juni 1889 die Krankheitszeit als Beitragszeit in Anrechnung brachte. Gegen dieses Urtheil legte sowohl die Versicherungsanstalt, als auch der Staatskommissar Revision ein und entschied das Reichs-Versicherungsamt in seiner Spruchsitzung vom 8. Februar zu deren Gunsten. Das Urtheil des Schiedsgerichts, so motivirt nach der „Deutschen Tischler-Ztg." das Reichs-Versicherungsamt sein Erkenntniß, beruhe auf der Annahme, es sei der Vorschrift des § 156 des Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzes, wonach für den Kläger während der Dauer eines Beitragsjahres auf grund der Versicherungspflicht die gesetzlichen Beiträge entrichtet sein müßten, im vorliegenden Falle dadurch genügt worden, daß Lichte 10 Beitragsmarken in versicherungspflichtiger Beschäftigung verwendet habe, zu denen 37 Krankheitswochen als gleichwerthig hinzuzurechnen sein. Dies sei jedoch unrichtig. Wenn auch auf das im § 156 bezeichnete Beitragsjahr Krankheiten nach § 17 II anzurechnen seien, so stehe der Anwendbarkeit jener Vorschrift hier doch der Umstand entgegen, daß bereits vor Ablauf des Beitragsjahres der Zustand „dauernder" Erwerbsunfähigkeit bei Lichte eingetreten war. Der Eintritt „dauernder" Erwerbsunfähigkeit vor Ablauf des Beitragsjahres schließe aber unzweifelhaft den Rentenanspruch aus. Nach § 156 müssen die das Beitragsjahr ausmachenden Wochen auf grund der Versicherungspflicht erfüllt sein. Personen aber, welche, wie der Kläger, „dauernd" erwerbsunfähig geworden, seien nach § 4, Abs. 2 des Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzes zwischen Krankheiten, welche mit vorübergehender, und solcher, welche mit dauernder Erwerbsunfähigkeit verbunden sind, nicht unterschieden, und daß daher jede Krankheit, gleichviel, ob sie vorübergehende oder dauernde Erwerbsunfähigkeit zur Folge hat, als Beitragszeit angerechnet werden müsse, so lasse sich dem nicht beitreten. Nur insoweit solle nach der Absicht des Gesetzes Krankheit der Arbeitszeit gleich geachtet werden, als sich annehmen lasse, daß der Arbeiter eine versicherungspflichtige Beschäftigung gehabt haben würde, wenn ihn die Krankheit nicht daran gehindert hätte. Diese Annahme sei aber ausgeschlossen, sobald „dauernde" Erwerbsunfähigkeit eingetreten ist, da in diesem Falle von einer versicherungspflichtigen Beschäftigung nicht mehr die Rede sein könne. Unter Krankheit im Sinne des § 17 Abs. 2 ist daher immer nur ein Zustand vorübergehender Erwerbsunfähigkeit zu verstehen. Auch die Entstehungsgeschichte des Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzes rechtfertige die Annahme, daß der vorzeitige Eintritt dauernder Erwerbsunfähigkeit den Wegfall des Rentenanspruches zur nothwendigen Folge habe. Wenn endlich die Möglichkeit, die ganze Wartezeit durch Krankheit auszufüllen, durch die Aufnahme der im § 17 IV enthaltenen Bestimmung hat verhütet werden sollen, so muß um so mehr angenommen werden, daß ein Zustand, bei welchem sogar die Wiederherstellung gänzlich ausgeschlossen, sich in keiner Weise dazu eigne, als Ersatz wirklicher Arbeit eine Erfüllung der Wartezeit zu bewirken. Hiernach habe das Schiedsgericht die §§ 4 II, 17 II und 156 durch unrichtige Anwendung verletzt. Seine Entscheidung, so entschied das Reichsversicherungsamt, unterlag daher der Aufhebung. In der Sache selbst sei auf Abweisung des Anspruches auf Invalidenrente zu erkennen, da feststehe, daß Lichte bereits seit März 1891, also längere Zeit vor Zurücklegung des ersten Beitragsjahres, dauernd erwerbsunfähig sei.

**Ein eigenartiger Fall von Selbsthilfe** unterlag gestern der Beurtheilung der fünften Berufungs-Strafkammer des Landgerichts I. Die Handelsfrau Wernicke hatte von der Frau Schöne 7,65 M. für gelieferte Waaren zu fordern. Verschiedene Mahnungen waren fruchtlos, bis schließlich Gläubigerin und Schuldnerin sich eines Tages auf der Straße trafen. Erstere verlangte sofort kategorisch Bezahlung der Schuld und als Worte nichts mehr fruchteten; riß sie aus einem Paket, das die Schöne trug, einige Sachen und lief mit denselben schnell weg, indem sie triumphirend rief: „Nun habe ich doch wenigstens etwas!" Das Schöffengericht erblickte in der Wegnahme der Sachen einen Diebstahl und verurtheilte die Wernicke zu einem Tage Gefängniß. In der Berufungsinstanz führte der Vertheidiger, Rechtsanwalt Haase aus, daß von einem Diebstahl deshalb nicht die Rede sein könne, weil die Angeklagte sich die Sachen nicht zum dauernden Eigenthum habe aneignen, sondern nur die Schuldnerin zur schnelleren Zahlung habe veranlassen wollen. Der Gerichtshof schloß sich dieser Auffassung an und erkannte unter der Begründung, daß zwar ein durchaus zu mißbilligender Akt der Selbsthilfe aber kein Diebstahl vorliege.

**Auf sehr schlechten Wegen** befindet sich der bisherige Postgehilfe Albert Reinhold Schlief, welcher gestern dem hiesigen Schöffengericht aus der Untersuchungshaft vorgeführt wurde, um sich wegen Unterschlagung und wiederholten Betruges

zu verantworten. Der Angeklagte, der auf der Anklagebank aus der Verzweiflung nicht herauskam, hatte mit einem jungen Mädchen, welches sich als Verkäuferin ihr Brot selbst verdient, ein Verhältniß angeknüpft, aus welchem sich eine Ehe entwickeln sollte. Eines Tages offenbarte er dem Mädchen, daß er sich ganz vorübergehend in Geldverlegenheit befinde und das Mädchen war sofort bereit, ihm auf wenige Tage mit 50 M. auszuhelfen. Sie gab ihm zur Abhebung dieser Summe vertrauensvoll ihr Sparkassenbuch über 127 M. in die Hand und hat von diesen ihren Ersparnissen keinen Nickel wiedergesehen. Der Angeklagte erhob das ganze Geld, ließ das Mädchen hier im Stich und wandte sich nach Hamburg, wo er weitere Schwindeleien ausführte. Er drängte sich dort in die Kreise der Postbeamten, stellte sich als „Dr. phil." und „Lehrer am Humboldt-Gymnasium in Berlin", manchmal auch als „Theologe" vor, und es gelang ihm, den Beamten unter dem Vorgeben augenblicklicher Verlegenheit Beträge in Höhe von 20 und 30 M. abzunehmen. — Der Gerichtshof verurtheilte den Schwindler zu **fünf Monaten Gefängniß.**

**Ein Erpressungsversuch,** wegen dessen der Beschuldigte, der Bücherrevisor Friedrich Klösel, derzeit zu 6 Wochen Gefängniß verurtheilt worden war, beschäftigte gestern zum zweiten Male die erste Strafkammer des Landgerichts I, nachdem das erste Urtheil wegen eines Formfehlers vom Reichsgericht aufgehoben worden war. Klösel war im Sommer 1891 von einer hiesigen Firma beauftragt worden, die Bücher in Ordnung zu bringen und eine Bilanz zu ziehen. Es wurde dafür eine Vergütung von 300 M. vereinbart. Klösel zog die Arbeiten ungebührlich in die Länge. Er erklärte seinen Auftraggebern, daß die ihm übertragene Arbeit so viel Zeit und Mühe erfordere, daß der vereinbarte Preis nicht ausreiche. Durch diese Behauptungen erzielte er, daß man ihm noch eine 100 M. nach den anderen auszahlte. Als er 1000 M. erhalten hatte, wurde ihm bestimmt erklärt, daß er auf weitere Zuwendungen nicht zu rechnen, sondern die fertige Arbeit innerhalb drei Tagen abzuliefern habe. Als die Frist verstrich, ohne daß der Angeklagte sein Wort hielt, ließ die Firma sich die Bücher, deren sie dringend benöthigt war, fordern, der Angeklagte knüpfte aber an die Herausgabe die Bedingung, daß ihm vorher noch 200 M. ausbezahlt werden müßten. Erst mit Hilfe eines gerichtlich beauftragten Gerichtsvollziehers gelang es der Firma, sich in den Besitz der Bücher zu setzen. Der vereidete Bücherrevisor Salomon begutachtete im gestrigen Termine, daß die dem Angeklagten aufgetragene Arbeit spielend innerhalb 14 Tagen zu bewältigen gewesen sei und daß ein Honorar von 450 M. mehr als ausreichend dafür angesehen werden müsse. Die erneute Beweisaufnahme deckte sich mit der ersten und so hatte auch die erneute Verhandlung dasselbe Ergebniß wie die frühere. Das Urtheil lautete wiederum auf **sechs Wochen Gefängniß.**

**Zehn Monate unschuldig im Zuchthause.** Posen, 20. Februar. Mit einem Fall unschuldiger Verurtheilung hatte sich die Strafkammer des hiesigen Landgerichts zu beschäftigen. Dem Tagelöhner Warzdinski in Wronczyn wurde vor etwa 1½ Jahren ein größerer Geldbetrag gestohlen. Längere Zeit darauf lenkte sich der Verdacht der Thäterschaft auf die Einliegerfrau Viktoria Wisniewska, welche auch den Diebstahl einräumte und die Einliegerfrau Marie Marciniak der Mitthäterschaft bezichtigte. In der vor etwa einem Jahre vor der hiesigen Strafkammer stattgefundenen Verhandlung wurde die Wisniewska zu zwei Jahren und die Marciniak, trotzdem sie entschieden die That bestritten hatte, zu einem Jahre Zuchthaus verurtheilt. Beide Verurtheilte wurden zur Verbüßung der Strafen in das Zuchthaus zu Fordon bei Bromberg gebracht. Die Marciniak weinte Tag und Nacht und betheuerte, daß sie unschuldig bestraft worden sei. Nachdem Beide zehn Monate von ihrer Strafe abgesessen hatte, mochte Wisniewska dem Strafanstalts-Geistlichen die Mittheilung, daß sie den Diebstahl allein ausgeführt habe und die Marciniak von nichts wisse. Der Geistliche meldete dies dem Strafanstalts-Direktor, und dieser bewog die Marciniak, sofort die Wiederaufnahme des Verfahrens zu beantragen. In der neuen Verhandlung räumte die Wisniewska ein, daß sie den Diebstahl allein begangen habe, worauf die Marciniak natürlich freigesprochen wurde.

---

# Soziale Uebersicht.

**Aufruf an alle im Putzfach beschäftigten Personen.** Das Putzfach, in welchem die Unternehmer oft 100 bis 200 pCt. Entbehrungslohn in die Tasche stecken, ist auf dem besten Wege, für die Arbeiter und Arbeiterinnen immer mehr zu einer Quelle des Verderbens zu werden. Die stumpfe Gleichgiltigkeit, in der die meisten dahinlebten, hat es ermöglicht, daß sie sich jeden Lohnabzug, den die Fabrikanten vornahmen, ohne weiteres gefallen ließen. Ist es doch vorgekommen, daß im November eine Federnarbeiterin bei neunstündiger Arbeitszeit mit 50 Pf. pro Tag nach Hause gehen mußte. Was nützt es da, wenn in der Saison der Verdienst bei 14—16stündiger Arbeitszeit wirklich einmal auf 60—70 M. im Monat steigt? Um endlich die Kollegen und Kolleginnen zu dem Bewußtsein zu bringen, daß es den allbekannten Uebelständen gegenüber ihre Pflicht ist, sich an der Organisation zu betheiligen, findet am Mittwoch, den 1. März, Abends 8 Uhr, im großen Saale der Arminhallen eine Versammlung statt, zu der alle Arbeiter und Arbeiterinnen der Branche, als Putzmacherinnen, Putz- und Straußfederarbeiter und Arbeiterinnen, Blumen-, Blätter- und Perlarbeiter und Arbeiterinnen eingeladen sind. Jeder Genosse hat die Pflicht, für zahlreichen Besuch dieser Versammlung zu agitiren. Mit sozialdemokratischem Gruß

W. Jäger, Rixdorf, Hermannstr. 34.

**In der Zigarrenfabrik** der Frau W. Ehminger in Grünberg i. Schl. haben die Arbeiter wegen Lohnherabsetzung ꝛc. die Arbeit niedergelegt. Zuzug ist fernzuhalten.

**In der Münchener Hutfabrik, Besitzer Max Walde,** sind die Hutmacher in Streik getreten. Veranlassung sind nicht Lohndifferenzen, sondern die ungehörige Behandlung der Gehilfen durch den Werkführer Jos. Blindhammer, Hutmachermeister in Haidhausen (Wienerstraße). Die Zahl der Streikenden umfaßt sämmtliche im Betriebe thätige Hutmachergehilfen, ca. 25 Mann. Zuzug ist fern zu halten.

**Der diesjährige österreichische Bauarbeiter-Kongreß** wird am 21. und 22. Mai in Wien abgehalten.

**In die Rubrik „Kapitalistische Entbehrungslöhne"** (Nr. 46) ist irrthümlich die Feuerversicherungsbank für Deutschland in Gotha gerathen. Diese ist, wie uns mitgetheilt wird, eine Gesellschaft, deren Mitglieder sich gegenseitig für den Fall eines Schadenfeuers versichern und als Dividende den Ueberschuß ihrer Prämien zurückerhalten.

**Der Obermeister** der Hauszimmerer-Innung zu Königsberg, Herr A. Leest, ersucht uns um Aufnahme folgender Erklärung gegenüber der Notiz in der 2. Beilage des „Vorwärts" vom 16. Februar 1893, betreffend die Königsberger Zimmergesellen: „Ich habe zu keinem hiesigen Zimmergesellen, auch zu sonst niemandem, mich dahin ausgesprochen, daß diejenigen Zimmergesellen, welche jetzt beim Magistrat für 30 (nicht 27) Pfennige Stundenlohn arbeiten, im Sommer auch keinen höheren Lohn erhalten würden; weder von mir noch von einem der anderen hiesigen Innungsmeister."

---

# Versammlungen.

**Eine öffentliche Versammlung der Kistenmacher** und Holzarbeiter der übrigen Branchen beschäftigte sich am 23. Februar mit dem Streik bei dem Fabrikanten Herrn S. Mannheim, Wasserthorstr. 9. Die Klagen der Streikenden gipfelten zumeist in der inhumanen Behandlung, die ihnen durch den Chef, den Buchhalter und Werkführer zu theil geworden, weiter verlangen sie eine 1½ stündige Mittagspause und die Innehaltung der sonst in ihrer Branche nach dem 1889er Tarif üblichen Arbeitszeit. Die Versammlung erklärte sich mit den Streikenden durch Annahme einer Resolution solidarisch, verpflichtete sich, diese nach Kräften zu unterstützen und vor allem den Zuzug nach der Fabrik fernzuhalten. Die Kollegen Puhlmann, Müller, Berndt, Schade und das Mitglied der Streik-Kontrollkommission Märtens wurden beauftragt, nochmals bei Herrn Mannheim einen Verständigungsversuch vorzunehmen. Die Einführung der Akkordarbeit zu verlangen wurde lebhaft bekämpft, weshalb diese Forderung von den Streikenden fallen gelassen wurde.

**Eine öffentliche Versammlung der in der Glasindustrie** beschäftigten Personen tagte am 18. Februar. Nach einem Vortrage des Genossen Köster erstattete Frau Knobel Bericht über die Thätigkeit der Agitationskommission der Arbeiterinnen. Sie beklagte die Theilnahmlosigkeit ihrer Kolleginnen und schilderte die Schwierigkeiten, welche es mache, diese der Organisation zuzuführen. Nach längerer Diskussion über die Organisationsfrage wurde beschlossen, demnächst eine neue Versammlung einzuberufen, in welcher eine Frau den Kolleginnen den Werth der Organisation klar machen soll. Nachdem zum Lesen der sozialistischen Literatur und zur Unterstützung eines auswärtigen Kollegen aufgefordert war, fanden die Arbeitsverhältnisse in der Bilderrahmen-Fabrik von Wehner u. Co. eine abfällige Beurtheilung. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

**Am Sonntag** unternahmen 36 Genossen, meistens aus dem 1. Wahlkreise, eine Agitationstour nach Spandau, welche trotz des schlechten Wetters auf das humorvollste verlief. Mit Unterstützung der Spandauer Genossen konnte die Vertheilung der in großen Mengen mitgenommenen Schriften in überaus kurzer Zeit bewerkstelligt werden. Nachdem die Arbeit in der Stadt erledigt war, begaben sich die Genossen nach Nauen, allwo eine von den Freisinnigen einberufene Volksversammlung stattfinden sollte. Dieselbe begann um 4 Uhr und war von etwa 400 Personen besucht, unter denen sich etwa 15 Freisinnige befinden mochten. Der Reichstagsabgeordnete des Kreises, Herr Max Ruge, welcher das Referat hielt, war mit seinem Vortrage schon in einer Viertelstunde zu Ende; die wenig inhaltreichen Darlegungen dieses Herrn wurden von den Genossen Köhler und Werner, welche überhaupt das Verhalten des Freisinns scharf geißelten, unter dem Beifall der Versammlung spielend widerlegt. Nachdem Herr Ruge noch einige Worte gesprochen hatte, ging die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie auseinander.

**Rixdorf.** In der Versammlung des Vereins „Vorwärts", die am 15. Februar stattfand, referirte Genosse Bruns über die kapitalistische Produktion und die wirthschaftliche Krisis. In der Diskussion, die dem mit Interesse angehörten Vortrage folgte, sprachen die Genossen Schütte und Hoppe. Die Versammlung beschloß sodann die Veranstaltung einer Agitationstour in der nächsten Zeit, sowie den Besuch der Urania, ferner wurde ein Anerbieten des Herrn Stüve aus Hamburg, den Mitgliedern einen Vortrag über die Cholera in Hamburg zu halten, von der Versammlung angenommen.

**Friedrichshagen.** Am Sonntag hatte der hiesige Arbeiter-Bildungsverein eine Versammlung, in welcher Herr Dr. Weyl einen interessanten Vortrag über das Thema hielt: „Ist die soziale Frage eine Magenfrage?" Die Debatte, welche dem Referat folgte, gestaltete sich dadurch recht lebhaft, daß ein Herr Leon die vegetarische Lebensweise als Mittel zur Lösung der sozialen Frage empfahl. Diesem Herrn wurde selbstverständlich geantwortet, daß die schlechten Verdienstverhältnisse den Arbeiter heutigen Tages schon zu seinem Schaden vielfach zwingen, sich unfreiwillig der vegetarischen Lebensweise hinzugeben. Zum Schluß wurde die vom Genossen Hoffmann gestellte Frage, wie es komme, daß sozialistische Flugblattvertheiler vielfach von der Polizei sistirt werden, während andere Flugschriften zu Tausenden ungehindert verbreitet werden könnten, derartig klar vom Genossen Wartmann beantwortet, daß es dem Fragesteller wie Schuppen von den Augen fiel.

**Fachverein der Uhrmacher.** Versammlung am Sonnabend, den 25. Februar, Abends 9 Uhr, bei Wienecke, Alte Jakobstr. 82. Vortrag des Herrn Hoffmann über: „Die Lex Heinze", u. s. w.

**Ethische Gesellschaft.** Sonntag, den 26. Februar, Abends 6½ Uhr, zwei Versammlungen. I. Kronmandantenstr. 99, Vortrag des Herrn Dr. Weil: „Soziale Frage eine Magenfrage." 2. Grenadierstr. 27 bei Seefeld, Vortrag des Herrn Th. Meyner: „Religion ohne Gott." Nach beiden Versammlungen geselliges Beisammensein.

**Neuer Berliner Handwerkerverein.** Vereinsversammlung am Sonnabend, den 25. Februar, Abends 9 Uhr, bei Ochsmann, Münzstr. 11. Tagesordnung: Vortrag des Redakteurs Herrn Richard George. Thema: „Berlin im Jahre 1896."

**Freireligiöse Gemeinde zu Berlin.** Sonntag, den 26. Februar, Rosenthalerstraße 34, Vormittags 10½ Uhr. Thema: „Unsicherheit."

**Vergnügungsverein „Morgenstern".** Sitzung 9 Uhr in Schütte's Restaurant, Alte Schönhauserstr. 24.

**Spiel- und Gesellschaftsklub „Herz",** Elisabethkirchstraße 14. 8½ Uhr Sitzung. Fidelitas.

**Verein ehemaliger Schüler der 80. Gemeindeschule** Sonnabend bei Wurl, Koppenstr. 58. Geschäftliches.

**Arbeiter-Bildungsschule.** Sonnabend, Abends 8½—10½ Uhr. Süd-Schule, Hagelsbergerstraße Nr. 45: Nationalökonomie; Süd-Ost-Schule, Reichenbergerstr. 133: Unterricht in Physiologie; Ost-Schule, Markusstr. 31: Unterricht in Rechnen (unt.); Nordschule, Müllerstraße Nr. 179a: Unterricht in Buchführung und oberes Rechnen. In alle Fächer können noch Schüler und Schülerinnen auch jetzt im Laufe des Semesters eintreten.

**Deutscher sozialdemokratischer Lesklub in Paris.** Rue St. Honoré 314 „Cafe du Lion de Belfort. Jeden Sonnabend öffentliche Versammlung; reiche Bibliothek, Zeitungen, französischer Unterricht. Der deutsche Arbeiter, der fremd nach Paris kommt, findet hier einen Anhaltungspunkt, Rath und Belehrung.

**London.** Der einzige hiesige sozialdemokratische Verein Londons, der alte, von Karl Marx und Friedrich Engels 1840 begründete Kommunistische Arbeiter-Bildungsverein besindet sich nach wie vor 49 Tottenham Street, Tottenham Court Rd. W. London.

**Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend.** Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kortum, Manteuffelstraße 70. **Sonnabend,** Abends 9 Uhr: Uebungsstunde. Aufnahme neuer Mitglieder. Grüne Eiche, Rixdorf, Herrmann- und Knesebeckstraßen-Ecke bei Beuerle. — Syrania, Landsbergerstraße 31 bei Muschold. — Sanges-Echo, Naunynstraße 66, bei Zudeil. — Freundschaft 3, Friedenstraße Nr. 46 bei Tollkühn. — Glück zu, Badstraße 8, Viktoria-Garten. — Teltow in Teltow, Schwarzer Adler. — Gemeralda, Fruchtstr. 21 bei Boas. — Liederkranz in Brunnerburg, Mengert's Volksgarten. — Hand in Hand 2, Friedrichsberg, Friedrich Karlstr. 11 bei Heinecke. — Gesundbrunner Männerchor, Gesundbrunnen, Prinzen-Allee 19. — Gesangverein „Bruderhand" in Schönwalde (in der Mark) bei Schultz. — „Frisch auf" Friedrichsberg, Rummelsburgerstraße bei Deckert. — „Vorwärts 7" Rummelsburg, bei Bergmann. — Gesangverein „Immergrün", Tegel, Schloßstraße bei Schultz. — Gesangverein „Süd-Ost", Falkenhainstr. 41 bei Trittelwitz. — „Freier Männerchor Osten" Friedenstr. 74, bei Engelhardt.

**Bund der geselligen Arbeitervereine Berlins und Umgegend.** Alle Zuschriften, den Bund der geselligen Arbeitervereine betreffend sind zu richten an: P. Hentel, Bergmannstr. 21, Hof 3 Tr. **Sonnabend:** Theaterverein „Iphigenia", bei Kramer, Rixdorf, Herrmannstraße Nr. 149. — Tambour-Verein „Vorwärts" Rixdorf, Herrmann- und Wangl-Straßen-Ecke bei Kober. — Tambourverein Deutsche Eiche bei Niederschad, Fürbringerstraße Nr. 7. — Geselliger Verein „Gut Heil", Neue Königstraße Nr. 89. — Geselliger Verein „Italia" bei Bolke, Koldergerstraße 28. — Geselliger Verein „Jugendfreunde" bei Schultz, Prenzlauer Allee und Dreschowstraßen-Ecke. — Vergnügungsverein Helgoland 3 bei Mingel, Stralauerstr. 57. — Theaterverein „Aurelia", Mendelssohnstr. 3 bei Pitsche Abends 9 Uhr.

**Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Sonnabend.** Paul Nickel'scher Musikverein Allegro bei Spindler, Reichenbergerstraße 118, Ecke Forsterstraße.

**Turnverein Gesundbrunnen.** Die 2. Männerabtheilung turnt heute von 8½—10½ Uhr in der Turnhalle, Friesenwalderstr. 39.

**Bühnenverband Normania** jeden letzten Sonnabend im Monat bei Leichnitz, Königsbergerstr. 24. **Privattheatergesellschaft „Schneeglöckchen",** Abends 9 Uhr bei Schulz, Brunnenstr. 118. — **Theaterverein Berliner** Bär jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. Abends 9½ Uhr bei Weick, Köpenickerstraße 68. — **Theaterverein Lessing.** Jeden ersten und letzten Sonnabend im Monat 9 Uhr Abends Sitzung bei Rudolph, Krautstr. 6.

Vergnügungsverein **Azalia** 8½ Uhr bei O. Heindorf, Barnimstr. 16. — Vergnügungsverein **Lustige Jugend** Abends 9 Uhr, im Restaurant Lautenbach, Cuvrystr. 3. — Vergnügungsverein **Lustige Zecher** Abends 8½ Uhr Mendelssohnstr. 9. — Vergnügungsverein **Carmen Sylva** Sitzung 9 Uhr im Restaurant von O. Wilk, Mariannen-Ufer 2. — Geselliger Verein „**Linde**" jeden Sonnabend 9 Uhr bei Schönherr, Straßburgerstr. 15. — Vergnügungsverein **Harmlos,** Sitzung mit Damen Sonnabend, Abends 9 Uhr, Blumenstr. 46 bei Wenk. Mitglieder pünktlich. — Vergnügungsverein **Morgenstern,** Sitzung 9 Uhr, bei Erdsmehl, Elisabethstr. 56.

Skatklub **Nordischer Knochen,** jeden Sonnabend 9 Uhr bei Karl Schultz, Pücklerstr. 55. — Tonkünstlerverein **Freia** (Dänischer Verein Freia), Lindenstraße 106 bei Poppe. — Verein ehemaliger Schüler der 50. **Gemeindeschule,** Abends 9 Uhr, Restaurant Wurl, Koppenstraße 58. — Geselliger Verein **Italia,** jeden Sonnabend im Restaurant Bolke, Koldergerstr. 28.

Skatklub **Kreuzbude** bei Steuer, Weinstr. 22. — Skatklub **Revolution** Abends Reichenbergerstr. 73, bei Faustmann. — Schafkopf-Klub **Bruderkette** tagt jeden Sonnabend Abends 9 Uhr bei Weiß, Andreasstraße 77a. — Kartenklub **Nulle** tagt jeden Sonnabend und Montag im Restaurant Humboldhein, Hochstr. 22a. — Skatklub **Blaue Blouse,** jeden Sonnabend bei Wittke, Graudenzerstr. 2.

Touristenverein **Wanderlust** Abends 9 Uhr im Restaurant Märkischer Hof, Admiralstr. 186.

---

# Literarisches.

**M. Scävola in Berlin,** der durch eine Reihe wirkungsvoller Gedichte den Arbeitern wohlbekannt ist, hat im Verlage von Hermann Gumpel, Berlin NO., Barnimstr. 42, die episch-dramatischen Dichtungen „**Zwölf Jahre der Verbannung oder des Ausgewiesenen Heimkehr**" und „**Die französische Revolution**", sowie zwei Heftchen Gedichte unter den Titeln „**Rothe Wolken, rothe Wipfel und andere rothe Lieder**" und „**Nasse Augen, blasse Lippen und andere rothe Lieder**" im Druck erscheinen lassen; ferner eine Serie guter Nachbildungen der lebenden Bilder herausgegeben, die zu der Dichtung „Zwölf Jahre der Verbannung oder des Ausgewiesenen Heimkehr" gestellt werden. Die Dichtungen sind durchweg im Geiste des klassenbewußten Proletariats geschrieben und stellenweise von hohem Schwung. Der Preis des Textes der Dichtungen sowie der Bilder, die auch in der Verlagshandlung des „Vorwärts" zu haben sind, ist ein sehr mäßiger.

**Der Entwurf zum Seuchengesetz.** Herausgegeben vom Bund der Vereine für Gesundheitspflege und für arzneilose Heilweise. Berlin, Verlag von Gust. Schuhr. Preis 25 Pf.

**Von dem Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirthschaft im Deutschen Reich,** begründet von F. v. Holtzendorff, fortgeführt von F. von Holtzendorff und Lujo Brentano, herausgegeben von Gustav Schmoller (Verlag von Duncker und Humblot in Leipzig) sind von den bisher veröffentlichten 20 Jahrgängen (I—IV und Neue Folge I—XVI, 1871—1892), deren Ladenpreis zusammen 427,20 beträgt, noch 90 vollständige Exemplare vorhanden, welche bis auf Widerruf zu dem herabgesetzten Preise von 220 M. gegen baare Zahlung, lieferbar Leipzig, abgegeben werden.

**Von der „Neuen Zeit"** (Stuttgart, J. H. W. Dietz' Verlag) ist soeben das 22. Heft des 11. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Monumentales. — Zukunftsstaaten der Vergangenheit. Von K. Kautsky. (Schluß.) — Ein Hauptquell bürgerlicher Bildung. Von Wilhelm Blos. (Schluß.) — Notizen: Ethik und Klassenkampf. Von F. Mehring. Die Fruchtbarkeit der Ehen. Von H. Lux. Ueberseeische Zuckerproduktion. Von Dr. R. Meyer. Anbauflächen in Großbritannien (ohne Irland) in 1000 Acres. Von Dr. R. Meyer. — Feuilleton: Robert Hamerling's Leben und Dichtungen. Von Robert Schweichel. (Fortsetzung.)

Von der „**Gleichheit**", Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, J. H. W. Dietz' Verlag) ist uns soeben die Nr. 4 des 3. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Kellnerinnen-Elend in Berlin. — Höhere Töchter. — Cornelia, die Mutter der Gracchen. — Feuilleton: Am Nordpol. Nach dem Englischen von P. Ollivero. Fortsetzung.) — Arbeiterinnen-Bewegung. — Kleine Notizen.

Die „Gleichheit" erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1893 unter Nr. 2609) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Inseratenpreis die zweigespaltene Petitzeile 20 Pf.

**Bier und Branntwein und ihre Bedeutung für die Volksgesundheit.** Von Prof. Dr. J. Rosenthal. 2. Aufl. 1893. 50 S.

Zur rechten Stunde erhebt der bekannte Physiologe und Hygieniker seine warnende Stimme gegenüber der von der Regierung geplanten Erhöhung der Brausteuer. „Seit dem Ende der siebziger Jahre hat das Steuersystem des Deutschen Reichs eine Entwicklung genommen, welche vom hygienischen Standpunkt tief beklagt werden muß." „Wir dürfen der armen, arbeitenden Bevölkerung nicht die nothwendigsten Lebensbedürfnisse vertheuern, wie es leider bei uns geschehen ist. Wir dürfen uns keiner Täuschung darüber hingeben, daß ein großer Theil unserer Bevölkerung thatsächlich an der Grenze der Möglichkeit steht, die allernothwendigsten Lebensbedürfnisse eben noch bestreiten zu können. Jede noch so kleine Verschiebung der Preisverhältnisse giebt diese dem wirklichen Mangel preis, und dieser Mangel ist der wirksamste Antrieb, sich dem Schnaps zu ergeben." Das Bier sei einer der wichtigsten Hebel des Kulturfortschritts, indem es den barbarischen und zivilisationsfeindlichen Schnaps verdränge. In Bayern habe seit Erhöhung der Brausteuer von 4 auf 6 M. für das Hektoliter Malz (im Jahre 1880) die Erzeugung von Bier nur sehr wenig zu-, der Verbrauch sogar wahrscheinlich abgenommen, Schnapsproduktion und -Konsum seien dagegen erheblich (um 16⅔ pCt.) gewachsen. Auch im norddeutschen Brausteuergebiet würde die beabsichtigte Verdoppelung der Brausteuer eine Zunahme des Schnapsverbrauches bewirken, was um so bedauerlicher wäre, als in diesem Gebiete der Branntweinkonsum wahrscheinlich abgenommen habe (von 1879/80 bis 1890/91 sank die Produktion von 12,6 auf 7,9 Liter pro Kopf der Bevölkerung, d. h. um mehr als 37 pCt.). Auch die Abnahme der Zahl der kleineren, über das Land zerstreuten Brauereien, wie dies thatsächlich in Bayern geschehen ist, sei zu bedauern. Denn gerade diese liefern für den kleinen Mann und den Arbeiter auf dem Lande das leichte, aber doch kräftige, d. h. extraktreiche Getränk, dessen hoher Kohlensäuregehalt, dessen Bitterstoffe und Aroma belebend wirken und das dabei nicht mehr als 2½ bis 3 pCt. Alkohol enthält.

Die warm und lichtvoll geschriebene Broschüre, die in acht Kapiteln die Grundsätze der Ernährungslehre, die Bedeutung der Gewürze und Genußmittel, insbesondere der alkoholischen Getränke, ihre Wirkung und ihren Mißbrauch und die Mittel gegen die Trunksucht bespricht, gipfelt in 12 Schlußsätzen, deren 8. und 9. lauten:

„Der Mißbrauch des Alkohols wird veranlaßt durch das in unseren sozialen und wirthschaftlichen Verhältnissen begründete Bedürfniß nach Genußmitteln, hauptsächlich durch die ungenügende Ernährung eines großen Theils unserer Bevölkerung."

„Die Bekämpfung der Trunksucht muß in erster Linie geschehen durch Hebung der wirthschaftlichen Lage der unteren Volksklassen. Alles, was die Ernährung erschwert, Steuern auf nothwendige Lebensbedürfnisse, wie Brot, Fleisch, Beleuchtungsmittel u. s. w., treibt eine große Zahl von Menschen zum Alkoholgenuß und befördert damit seinen Mißbrauch."

---

# Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit der Raum dafür abzugeben ist, dem Publikum zur Besprechung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie wahrt sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt desselben identifizirt zu werden.

**Achtung!** Alle in Holzbearbeitungs-Fabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter, die sich an der Errichtung eines Lese- und Diskutirklubs betheiligen wollen, werden ersucht, sich Sonntag, den 26. Februar, Vormittags 10 Uhr, mit ihren Frauen im Lokale des Genossen Staberack, Pücklerstr. 49, pünktlich einzufinden. Mit kameradschaftlichem Gruß

Ludwig Hofmann, Falkensteinstr. 8.

# Vermischtes.

**Opfer des Militarismus.** Aus Antwerpen wird gemeldet: Während des Manövrirens der Artillerie im Polygone Brasschaet explodirte eine Granate und zerschmetterte dem Lieutenant Chevalier die Kinnlade, riß zwei Kanonieren die Arme ab, einem anderen Kanonier ein Auge aus und zerschmetterte das Bein des Schmiedes. Sämmtliche Personen wurden sehr schwer verwundet.

**Mac Kinley bankrott.** Nach einer New-Yorker Meldung ist über das Vermögen des bekannten amerikanischen Schutzzöllners Mac Kinley der Konkurs eröffnet worden. Er soll für einen guten Freund Wechsel akzeptirt haben, welche nicht honorirt worden wären. Mac Kinley hat seinen Posten als Gouverneur des Staates Ohio bereits niedergelegt. Nun wird er wohl Schutzzölle gegen gute Freunde verlangen.

# Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

**Wien,** 24. Februar. Der Landgemeinde-Bezirk Reichenberg wählte den deutsch-fortschrittlichen Kandidaten Angsten mit 220 von 362 Stimmen zum Reichsraths-Abgeordneten. Der Sozialist Adler erhielt 103 Stimmen.

**Paris,** 24. Februar. Der Kassationshof hat nach langer Berathung die von den Angeklagten Charles Lesseps, Fontane und Sansleroy eingelegte Beschwerde gegen den Beschluß der Anklagekammer zurückgewiesen und die Angeklagten vor die Geschworenen verwiesen.

(Depeschen des Bureau Herold.)

**Paris,** 24. Februar. Ferry wurde zum Präsident des Senats gewählt mit 148 von 241 Stimmen.

# Briefkasten der Redaktion.

**P. T. 50.** Der Ihnen in der Redaktion ertheilte Rath war vollständig richtig; Sie können nicht wissen, ob Sie mit Hilfe des Rechtsanwalts vor dem Schöffengericht schlimmer weggekommen wären. Die Auskunft, die Ihnen betreffs der Berufung in der Expedition gegeben wurde, war allerdings falsch; aber in der Expedition haben Sie sich auch nicht juristischen Rath geben zu lassen. — Was die Beihilfe betrifft, so wenden Sie sich an den dortigen Vertrauensmann, event. an den Parteivorstand.

**Lehmann.** Die Zustände in der Charitee sind schon in diesem Blatt oft besprochen und werden noch öfter besprochen. Ihre Zuschrift eignet sich nicht zur Veröffentlichung.

**P. E.** Sie müssen sich schon an einen Seminardirektor um Auskunft wenden.

**R. B. 100.** Sie müßten dann Berufung einlegen.

**Köln, Nippe.** Das Urtheil erhalten Sie vom Gericht auf Ihren dahin gestellten Antrag hin. In der Veröffentlichung in einer Zeitung und den Aushang in einem Schaufenster kann eine Beleidigung gefunden werden.

**A. E.** Die Unfallrente können Sie erst vom 28. März ab, falls dann noch Erwerbsunfähigkeit vorliegen sollte, von der Berufsgenossenschaft beanspruchen.

**M. S. A.** Fragen Sie vielleicht direkt im Polizeipräsidium bezüglich der Zulassung an oder sprechen Sie bei uns vor und legen Sie uns die Papiere vor.

**Brackel.** Nach Eintritt der Polizeistunde ist die Polizei berechtigt, das Verlassen des Lokals herbeizuführen.

**P. M. 100.** 1. Ja. 2. Der Wirth muß sich die Miethe holen, falls nicht — wie gewöhnlich — im Vertrag das Gegentheil vereinbart ist.

**Seidler.** Eine Entscheidung liegt uns nicht vor; die Frage würden wir verneinen.

**R. 100.** Die Frau kann wegen böslicher Verlassung klagen.

**B. W. 70.** Die Berliner Stadtverordneten erhalten keine Diäten.

**Tietz.** Sie können wegen Beleidigung klagen.

**Arendt.** Wann und was haben Sie ohne Quittung angefragt?

**Karl Nixdorf.** Die Antwort ist schon im Briefkasten der gestrigen Nummer erfolgt.

**L. Frig.** Ob der Artikel sich für den „Vorwärts" eignet, können wir erst bestimmen, wenn er uns vorliegt.

# Briefkasten der Expedition.

**Rothbart.** Der „Wahre Jakob" gelangt alle 14 Tage Dienstag früh in unserer Buchhandlung zur Ausgabe.

---

**Sonntag,** Vormittags 11 Uhr, **Beuthstraße Nr. 20, Montag** und **Dienstag,** je Abends 8½ Uhr, in **Hoffmann's Festsaal, Oranienstr. 180:** 1502b
**Letzte** Vorträge des Herrn **H. Stüve** über:

## Die Cholera in Hamburg.

Illustrirt durch 40 Lichtbilder. **Entree 10 Pf.**

---

## Verlag des „Vorwärts"
Berliner Volksblatt
**Berlin SW., Beuthstrasse 2.**

Folgende neue Erscheinungen der sozialistischen Literatur halten wir ständig am Lager:

## Der russische Bauer.
Von
**Stepniak.**
Autorisirte Uebersetzung von **Dr. Viktor Adler.**
XVI und 212 Seiten.
(Band 15 der Internationalen Bibliothek.)
**Preis broschirt 1,50 M., gebunden 2,— M.**
Wer sich über die heutige Lage der russischen Bauern unterrichten will, dem ist die Stepniak'sche Schrift zu empfehlen.

## Aus Leben und Wissenschaft.
**Gesammelte Vorträge und Aufsätze**
von
**Dr. Arnold Dodel.**
Ordentl. öffentl. Professor an der Universität Zürich.

**Erste Lieferung:**
**Bauer, Arbeiter und Wissenschafter.**
Drei gemeinverständliche Vorträge
gehalten im Vereinshaus des deutschen Arbeiterbildungs-Vereins in Zürich. (November und Dezember 1892.)
**136 Seiten Oktav. Preis 75 Pfennige.**
Mit diesem Heft beginnt der in weiten Kreisen bekannte und hochgeschätzte Verfasser der Streitschrift: „Moses oder Darwin, eine Schulfrage", eine Serie von allgemeinverständlichen Vorträgen herauszugeben, die allen Freunden der geistigen Entwickelung des Volkes hochwillkommen sein dürften.

## Das Leben Jesu.
Eine historisch-kritische Abhandlung
zur Aufklärung des arbeitenden Volkes
von
**Domela Nieuwenhuis.**
Aus dem Holländischen ins Deutsche übersetzt von **H. Harders-Bünde** und **Dr. Fr. Diederich-Dortmund.**
84 Seiten broschirt. 40 Pfennige.

## Winter-Sonnenwende.
**Zum Gipfel auf!**
Zwei Volksfestspiele von **Franz Diederich.**
**Preis geheftet 25 Pfennige.**

**Wiederverkäufer erhalten Rabatt.**
Alle Buchhandlungen, Kolporteure und Zeitungs-Spediteure nehmen Bestellungen entgegen. Bei Aufträgen von außerhalb ersuchen wir um gleichzeitige Einsendung des Betrages (Porto extra).

---

**Möbel,** Spiegel und Polster-Waaren.
Ausstattungen in **Mahagoni u. Nußbaum; Küchenmöbel** empfiehlt; **Preislisten** auf Wunsch franco.
**Franz Tutzauer,** Berlin S.O., Köpnickerstr. 25.

---

**Jede Uhr** 3531L
zu repariren und reinigen kostet bei uns unter Garantie des Gutgehens nur **1 Mk. 50 Pfg.** (außer Bruch), kleine Reparaturen billiger. Großes Lager neuer und gebrauchter Uhren, getragene Uhren von 5 M. an. Neue silb. Cylinder-Remontoirs, 6 Steine, von 14 M. an, do. 10 Steine, von 16 M. an, goldene Damen-Remontoirs, 14-Karat Gold v. 24 M. an. Gold- und Silberwaaren in gr. Auswahl zu Fabrikpreisen
**E. Rothert & Stolz,** Uhrmacher.
1. Geschäft: Andreasstr. 62.
2. „ Chausseestr. 78.
3. „ Chausseestr. 34.

---

Der in unbekannter Abwesenheit lebende Tischlergeselle **Robert Heseler** wird hierdurch aufgefordert, behufs Abhebung der v. seiner Schwester Emilie Heseler hierselbst ihm zugefallenen Erbschaft bei dem Unterzeichneten oder bei d. Töpfermeister **Albert Heseler,** Berlin W., Kleiststr. 6, recht bald sich zu melden. [3715L*
Rechtsanwalt **Liebrecht.**
**Charlottenburg,** Berlinerstr. 104.

---

Mehrfach prämiirt. D. R. P.
**Specialität: Schäffer's**
## Malz-Branntwein
(gesetzl. gesch.)
**Ersatz für Cognac.**
empfiehlt in Originalflaschen à ½ Ltr. und Gebinden, ebenso
**Breslauer Getreide-Korn**
die Dampfbrennerei
**Herm. Schäffer**
**Breslau.**
Vertreter und Lager bei
**S. Tramer,**
NO., Mendelssohnstr. 14.

---

**Blücherstraße Nr. 11.**

1499b
vis-à-vis der Kreuz-Kirche
**Wilhelm Böhm.**
Sämmtliche Hüte mit **Kontrollmarken.**
**Großes Lager in Schirmen.**

---

Reellste und billigste
**Uhrmacherei**
**Berlins**
**Verkauf z. Engrospreisen**
Silb. **Remontoir-Uhren** v. 3 M. an, **goldene Damen-Remontoir,** 14 kar. Gold, v. 22 M. an. **Regulateure** mit Schlagwerk, 14 Tage gehend, von 15 M. an. **Wecker** von 2,50 M. an.
Eine Uhr zu reinigen kostet nur 1 M., bei allen Reparaturen wird der Preis vorher gesagt. **Mariannen-Strasse 50,** Ecke der Naunynstr. (früher Naunynstr. 15 part.).
**Otto Eleser,** Uhrmacher (Fachmann).

---

## Schuhe u. Stiefel
**mit Kontrollmarke aus Erfurt**
empfehlen [3571L
**C. Geyer,** Oranienstr. 202,
**C. Nitschke,** Kastanien-Allee 88,
**G. Zerbe,** Ritterstr. 114,
**H. Bath,** Waldstr. 37, Moabit,
**W. Papke,** Manteuffelstr. 31,
**G. Nördel,** Forsterstr. 7,
**A. Anders,** Gerichtstr. 82,
**G. Stuckaß,** Weberstr. 4,
**C. Müller,** Teltowerstr. 61,
**H. Müller,** Bergmannstr. 15.

---

Elegante
## Einsegnungs-Anzüge
in Jaquet-Façon, blau u. schwarz, in nur guten Stoffen
von 15 M. an.
**Julius Lindenbaum,**
Berlin O., Frankfurterstr. 139.

---

**Zum** 3633L*
## Roth. Cylinderhut
Nur **Hüte** mit **Arbeiter-Kontrollmarke.**
Größte Auswahl.
**Skalitzerstraße 131,** neben Frister und Rossmann.
**im Laden.**
**Wilhelm Zapel,** Hutmacher.

---

**Alle Uhren** [3530L
werden sauber und sorgfältig reparirt unter Garantie des Gutgehens für **1,50 Mark** (außer Bruch) bei
**W. Winkler,**
Berlin N., **Reinickendorferstr. 2 g,** gegenüber der Dankes-Kirche.
Lager aller Arten Uhren, Uhrketten

---

Den besten
## Schmalzler
aus echtem Brasil liefern
**Schwarz & Co.,**
35898 Tabakfabrik,
**Nürnberg.**

---

Allen Genossen, Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich das
**Cigarren- und Tabakgeschäft**
von Herrn **E. Staberack** übernommen habe und halte mich bestens empfohlen. 3689L*
**W. Gesche,** Wrangelstr. 85.

---

**Schuhe u. Stiefel**
**mit Kontroll-Marke**
**aus der Schuh-Fabrik Erfurt.**
Allen Genossen u. Freunden empfehle mein Schuh- u. Stiefel-Geschäft. Große Auswahl in Herren-, Damen- und Kinderstiefeln. Bestellungen nach Maaß in kürzester Zeit. Reparaturen schnell und billig. **Louis Zaake,**
3546L Küstriner Platz Nr. 8.

---

**Cigarren u. Cigaretten**
**Fritz Gerrlach,** 3549L
**W. Potsdamerstraße 66. W.**
Agentur der Gladbacher Feuer- und Glasversicherungsgesellsch. in München.

---

**Martin Klein,**
Uhrmacher, 3544L
**25 Neue Hochstr. 25**
empfiehlt sein Lager aller Arten
**Wand- und Taschen-Uhren.**
**Reparaturen zu soliden Preisen**

---

**Möbel, Spiegel und Polsterwaaren,**
**reelle Waare, solide Preise.**
**Ganze Ausstattungen** in Mahagoni und Nußbaum. **Küchenmöbel** in gr. Auswahl empfiehlt 3539L
**Julius Apelt,**
**Sebastianstr. 20** (früher 27/28)

---

**Amerika.** Billets für die großen und sichersten Hamburger Schnelldampfer durch die Generalagentur **Aug. Langer,** Platz Neues Thor 1a, parterre; **nicht** Laden.

---

Die Beleidigung der Frau **Minna Hahn,** welche ich zu den Pollwitz'schen Eheleuten ausgesprochen habe, nehme ich hiermit zurück und erkläre Frau Hahn als ehrbare Frau. **W. Rackwitz.**

---

**Fleisch** Detail-Verkauf z. nachstehenden Engros-Viehhofpreisen: Rindfleisch 50—60 Pf., Kalbfleisch 50 bis 60 Pf., Schweinefleisch 55—60 Pf., Hammelfleisch 45—55 Pf.
**Holzmarktstraße 19,**
Ecke Michaelkirch-Brücke.

---

**Steinmetzstraße 40,**
Ecke Groß-Görschenstraße.

**Nur Hüte mit Kontrollmarken.**
**Grosse Auswahl in Schirmen.**
**W. Wolff.**

---

**Zahnziehen, schmerzlos u. gefahrlos** mit lokaler Betäubung (1 Mk.) mittelst Cocain. (1 Mk.)
(Neues Verfahren.)
Nervtödten. Plombiren. Zahnreinigen. Künstliche Zähne. [3656L*
**Boyenst. 7, part., Ludwig Diehl.**

---

**Homöopathische Klinik,** Brunnenstr. 40. Spr. 11—12, 4—5. Sonnt. 9—10

---

**Alte Stiefel** gr. Ausw., Reparatur u. Best. reell u. billig.
**Runge, Naunynstr. 2.** 1472b*

---

**Genossenschafts-** Brotverkauf
**Schlegelstr. 23.**

---

## Ein größeres Lokal
mit Telephonanschluß für eine Gewerkschaft gesucht. Daselbst soll Nachmittags von 3—6 Uhr der Arbeitsnachweis stattfinden. Offerten beliebe man unter O. S. in der Redaktion des „Vorwärts" niederzulegen. 1490b

---

**Kinderwagen.** Größtes Lager Berlins **Andreasstr. 23. Hp**

---

Kanarienhähne u. Weibch., g. Stamm, verk. **G. Meyer,** Wollinerstr. 29, v. III.

---

**Kanarienhähne,** Weibchen, Heckeinrichtung, verk. wegen Aufg. d. Zucht. 1485b **Langmeier,** Bülowstr. 76.

---

**Zigarrengeschäft** mit Wohn. billig verkäufl. Näh. **Thomae,** Brunnenstr. 33.

---

Gangb. Obst-, Gemüse-, Material- u. Räucherwaaren-Gesch. wegen Verzug nach außerhalb billig z. verk. Swinemünderstr. 125 (Destillation). 1479b*

---

Eine gangb. **Eckdestillation** ist weg. Uebernahme eines größ. Lokals preisw. zu verkaufen. Näheres bei **Schütz,** Helmstr. 10, Schöneberg. 1484b*

---

1438b* **Nur 1 Mark.**
Klagen, Eingaben, Reklamationen, Rath im Zivil- und Strafprozeß. Einziehung von Forderungen. **Pollak,** jetzt **Blumenstr. 19 II r. Auch Sonntags.**

---

**80., Lübbenerstr. 20** frdl. Wohn., Stube, Küche, Kloset, Keller, Boden 80 bis 92 Thlr. zu verm. 130 M*

---

**Weddingstraße 8**
sind billige **Wohnungen** und ein **Laden** zu vermiethen. 36932*

---

Schlafst. für H., sep. Eing., Moritzstraße 18, v. 4 Tr. l. 1494b

---

Mamsells finden auf gute Umhänge und Capes bei hoh. Lohn Beschäftigung bei **Grün,** Jerusalemerstr. 28, III.

---

Preßvergolderinnen und Mädchen für leichte Arbeit verlangt **Hübner,** Friedrichstraße 207. 1469b*

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Schröder in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.